

Basler Stadtbuch
Dossier 2021

Ohne Obdach in Basel
Adelina Gashi

Ohne Obdach in Basel

Adelina Gashi

Obdachlose Menschen machen Armut sichtbar. In einem Land wie der Schweiz, das sich als starker Sozialstaat versteht, in dem niemand auf der Strasse leben muss, sorgen obdachlose Menschen oft für Unverständnis und Irritation. Es gibt den Mythos von der selbstverschuldeten Armut und vom freiwillig gewählten Ausstieg. Das soziale Stigma ist gross. Doch über die vielschichtigen Gründe, weshalb Menschen ihr Zuhause verlieren, wurde lange Zeit wenig geforscht. Dies liegt auch an der Schwierigkeit, zuverlässige Zahlen zu erheben. Im Jahr 2019 veröffentlichte die Hochschule für Soziale Arbeit der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) eine Studie zur Obdachlosigkeit in der Region Basel.¹ Sie wurde im Auftrag der Christoph Merian Stiftung (CMS) erarbeitet. Die CMS hat die wichtigsten Erkenntnisse dieser Studie unter dem Titel «(K)ein Daheim»² zusammengefasst und darin konkrete Handlungsempfehlungen für ihren Förderbereich Soziales definiert. Interessant ist bei der FHNW-Studie die Erhebung der Zahlen- und Faktenbasis. Sie basierte zum einen auf Befragungen und Interviews mit Fachpersonen und Menschen in Hilfseinrichtungen, zum anderen auf teilnehmender Beobachtung in Tageseinrichtungen und vor allem auf einer Nachtzählung. Die FHNW-Studie lieferte als erste Schweizer Untersuchung zum Thema ein differenziertes Bild von Obdachlosigkeit in Basel. Die Autoren Matthias Drilling, Jörg Dittmann und Tobias Bischoff gingen aber noch einen Schritt weiter. Sie fragten auch nach den Auslösern des Wohnungsverlusts und ergänzten die Analyse des Ist-Zustandes mit konkreten sozial- und wohnpolitischen Handlungsempfehlungen, um Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit in Basel entgegenzuwirken.

Wovon sprechen wir?

Beim Thema Obdachlosigkeit müssen zuerst die Begriffe geklärt werden. Obdachlosigkeit in einem weiteren Sinn bezieht sich auf alle Menschen, die keine dauerhafte eigene Bleibe haben. In einer engeren Definition ist Obdachlosigkeit von Wohnungslosigkeit zu unterscheiden. Im engeren Sinn obdachlos sind Menschen, wenn sie ihren Besitz mit sich herumtragen und als «rough sleeper» draussen (in Parks, im Wald, in Unterführungen, Bahnhöfen etc.)³ oder zeitweise in einer Notunterkunft – in Basel Notschlafstelle oder Heilsarmee – die Nacht verbringen. Obdachlos als solche «rough sleeper» sind in Basel etwa 100 Menschen. Einen Grad weniger exponiert sind Wohnungslose. Auch sie haben keine dauerhafte eigene Bleibe, aber sie schlafen unter einem Dach. Jedoch ist ihre Wohnsituation ungesichert, provisorisch, prekär und immer abhängig von individueller oder institutioneller Hilfe. Sie leben in einer Notwohnung (beschränkt auf sechs Monate) oder kommen zum Beispiel im stationären Bereich der Heilsarmee oder in Billigpensionen unter oder sie übernachteten als Couchsurfer in fremden Wohnungen. Nach der ETHOS-Definition⁴ wäre dies «ungesichertes Wohnen». Dazu zählt auch die Bedrohung durch Zwangsräumung oder durch Gewalt in der Wohnung selbst. Ende 2018 waren in Basel mehr als 300 Menschen wohnungslos oder obdachlos. Zu ihnen zählten viermal mehr Männer als Frauen (zu den Gründen weiter unten), und mehr als die Hälfte fiel in die Altersgruppe von 26 bis 50 Jahren. Die Anteile von Schweizer und ausländischen Personen sind etwa hälftig; bei letzteren handelt es sich häufig um Arbeitssuchende aus Osteuropa, die kurzzeitig in Jobs arbeiten, Geld zu ihrer Familie schicken und so billig wie möglich leben.

¹ Matthias Drilling, Jörg Dittmann, Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und prekäres Wohnen. Ausmass, Profil und Bedarf in der Region Basel, 2019, Download unter https://www.centre-lives.ch/sites/default/files/2020-11/lives_wp_76_drilling.pdf.

² (K)ein Daheim? Studie zur Obdachlosigkeit in Basel-Stadt und Engagement der Christoph Merian Stiftung, 2019, Download unter <https://www.cms-basel.ch/de/medien/Stiftungspublikationen/Dokumentationen-und-Studien.html>.

³ Drilling u.a. (s. Anm. 1), Abb. 2, S. 28, Die Gebiete der Nachtzählung in Basel vom 21.3. auf den 22.3.2018.

⁴ ETHOS = Europäische Typologie für Wohnungslosigkeit, s. https://www.feantsa.org/download/ethos_de_2404538142298165012.pdf

Die Notlagen von Obdach- und Wohnungslosigkeit gehen fließend ineinander über, von täglich neu zu organisierenden Schlafplätzen bis zu monatelangen Arrangements. Immer geht es um existenzielle Not, Unsicherheit und Abhängigkeitsverhältnisse – die gerade für wohnungslose Frauen auch sexuelle Ausbeutung umfassen können. Generell ist Obdach- und Wohnungslosigkeit eine besonders gravierende Form von Armut, die sich in sozialer Vereinsamung, gesellschaftlichem Ausschluss und physischer Deprivation (körperliche Leiden aufgrund von Mangel und Verwahrlosung) ausdrückt.

Die Gründe und die Hilfe

Geldprobleme, Arbeitslosigkeit, Krankheit, aber auch Beziehungsprobleme sind die häufigsten Faktoren, die Betroffene zunächst in die Armut und schliesslich in die Obdachlosigkeit treiben. Meistens sind die Biografien von Obdachlosen durch eine Kette von Schicksalsschlägen geprägt. Sie lösen eine Abwärtsspirale aus, an deren Ende das Aufgeben jeder Bleibe steht. Sich aus dieser Situation – die Sozialwissenschaft spricht von «Multiproblemlagen» – zu befreien, ist nicht einfach. Hinzu kommt in manchen Fällen eine Suchtproblematik und zunehmend eine psychische Grunderkrankung.

Die FHNW-Studie erläutert in einem Exkurs⁵ die Unterschiede zwischen Männern und Frauen in diesen Problemlagen. Offenbar geraten Männer eher in Verarmungsprozesse, die «Lebensbereiche übergreifend» sind. Diese Notlagen werden erschwert durch die häufig schwachen sozialen Bindungen, die private Lösungen unmöglich machen. Dagegen versuchen von Wohnungsnot betroffene Frauen den Verlust des Dachs über dem Kopf unter allen Umständen zu verhindern und bevorzugen im Notfall die wenigen frauenspezifischen Angebote.

Zahlreiche Anlaufstellen kümmern sich um Armutsbetroffene und Menschen, die auf der Strasse leben. Doch das «bestehende Hilfesystem stösst im Umgang mit den Mehrfachproblemen der Menschen offensichtlich an Grenzen»,⁶ heisst es in der Studie der FHNW. Es ist schwierig, obdach- oder wohnungslosen Menschen effizient und langfristig unter die Arme zu greifen. Hier trifft die strukturierte Organisation der Verwaltung auf das jahrelang gewachsene Durcheinander individueller Biografien. Viele Hilfsangebote sind darauf angelegt, akute Not zu lindern, können aber keine dauerhaften Lösungen bieten.⁷

Für die Betroffenen bedeutet das Leben in Provisorien oder gar im Freien eine extreme Belastung. Es fehlt an Hygiene, Krankheiten werden nicht oder zu spät behandelt, die fehlenden Rückzugsmöglichkeiten verhindern jegliche Sicherheit und Geborgenheit, Einsamkeit und sozialer Ausschluss bedeuten eine schwere seelische Belastung. Dennoch – niemand ist völlig auf sich allein gestellt. Wer Hilfe sucht und wünscht, der oder die findet sie auch. Tatsächlich hält «(K)ein Daheim» fest, dass in Basel sehr viele Hilfsangebote vorhanden sind, dass es aber teilweise an der Koordination der einzelnen Institutionen der Obdachlosen- und Wohnhilfe fehlt. Die CMS schlägt deshalb einen regelmässigen Erfahrungsaustausch und eine Bedarfsklärung vor, um die Effizienz der Hilfen zu erhöhen.⁸

Wo Obdach geboten wird

«Wir können niemandem direkt eine Wohnung vermitteln. Aber wir stellen die nötige Beratung und die nötigen Strukturen zur Selbsthilfe bereit», sagt Michel Steiner, Co-Geschäftsleiter der sozialen Einrichtung Schwarzer Peter. Der Verein für Gassenarbeit ist seit fast vierzig Jahren tätig. Armutsbetroffene Menschen in Not finden bei der Anlaufstelle kostenlos Rat. Die

⁵ Drilling u.a. (s. Anm. 1), Exkurs 1, S. 18.

⁶ Drilling u.a. (s. Anm. 1), S. 7.

⁷ «Denn gerade auch in der Wechselwirkung zwischen den 13 Wohnsituationen gemäss Typologie und deren dynamischen Veränderungen auf der Ebene der Betroffenen identifizieren die Autoren der vorliegenden Studie eine der zentralen Herausforderungen für eine auf die Bekämpfung und Beseitigung von Obdach- und Wohnungslosigkeit ausgerichteten Sozialpolitik in der Schweiz (Drilling u.a., s. Anm. 1, S. 4).

⁸ «(K)ein Daheim (s. Anm. 2), S. 9.

Gassenarbeiterinnen und Gassenarbeiter haben für die Betroffenen ein offenes Ohr und zeigen Auswege auf, bieten ihnen Unterstützung und Begleitung zurück in ein geregeltes Leben.

Aber bis dahin ist es meistens ein steiniger Weg – um akute Notsituationen zu bewältigen, sind Betroffene auch auf andere Anlaufstellen angewiesen. Wer hungrig und ohne Dach über dem Kopf dasteht, findet Hilfe in Einrichtungen wie beispielsweise der Gassenküche oder der Notschlafstelle.

Ebenso wie der Schwarze Peter ist die Gassenküche als Verein organisiert. Unter der Woche können Armutsbetroffene im Warmen und Trockenen im Saal St. Joseph der Pfarrei St. Clara ihren Hunger stillen. Dabei ist das Frühstück gratis, das Abendessen kostet drei Franken. «Das grösste Wohnzimmer der Stadt», wie die Gassenküche auch genannt wird, zog erst im März dieses Jahres an den Standort in der Markgräflerstrasse. Die Pandemie hatte den Verein vor eine harte Probe gestellt – die frühere Gassenküche am Lindenberg musste wegen der engen Platzverhältnisse zuerst auf Take-away umstellen und dann nach fast dreissig Jahren geschlossen werden. «Eigentlich war es am alten Standort am Lindenberg schon fünfzehn Jahre lang zu eng», sagt Andy Bensegger, Leiter der Gassenküche. Im Saal St. Joseph empfangen sie aber mittlerweile wieder Gäste und können dabei die Abstandsregeln einhalten.

Eine weitere Anlaufstelle, besonders in den Wintermonaten, ist das Soup&Chill. In der Wärmestube an der Solothurnerstrasse erhalten Bedürftige täglich unentgeltlich ein Abendessen oder dürfen sich auch einfach abends in den Räumlichkeiten aufwärmen.

«Obdachlosen Menschen ist ein selbstbestimmtes, autonomes Leben verwehrt: Sie sind abhängig von anderen Menschen sowie von den Öffnungszeiten, Hausordnungen und Aufnahmekriterien der Obdachlosen-Einrichtungen», konstatiert die FHNW-Studie. Wer Unterschlupf sucht, erhält diesen auch – allerdings immer nur vorübergehend.

Im Tageshaus für Obdachlose der Stiftung Sucht finden Betroffene tagsüber Zuflucht, für wenig Geld ein Mittagessen und haben die Möglichkeit, die Waschmaschinen und Duschen im Haus zu nutzen. Es ist ein Ort der Ruhe und ein Ort, an dem Menschen ohne Obdach ihre Grundbedürfnisse erfüllen können. Abends schliessen jedoch alle diese Hilfsangebote ihre Tore. Was dann? Wo die Nacht verbringen, wenn Freundinnen und Familie keine Option mehr und alle Sicherheitsnetze gerissen sind?

In der Rosengartenstrasse und in der Alemannengasse befinden sich die beiden Notschlafstellen des Kantons. Für 7,50 Franken bekommen in Basel angemeldete Menschen ohne Obdach dort ein Bett für die Nacht. Im Gegensatz zum Schwarzen Peter, der Gassenküche und vielen anderen Anlaufstellen werden die beiden Unterkünfte aber nicht von Vereinen betrieben, sondern direkt von der kantonalen Sozialhilfe.

Diese Hilfsangebote werden vor allem von Männern genutzt. Sie machen auch den grösseren Teil derjenigen Obdachlosen aus, die häufig draussen nächtigen, die «rough sleeper». Doch es gibt auch eine weibliche Wohnungslosigkeit, die weniger sichtbar ist. Frauen in prekären Wohnsituationen wollen den letzten Schritt zum Leben auf der Strasse vermeiden, auch wegen ihrer offensichtlichen Gefährdung. Sie pflegen bewusst ihre sozialen Beziehungen und versuchen in einem Netz von Couchsurfing und Helferdiensten im Austausch für temporäre Unterkunft zu bleiben.

Ausschliesslich für Frauen ist die «frauenOase», eine seit September 2018 bestehende Anlaufstelle, die vom Verein frau sucht gesundheit (FSG) unter dem Patronat der GGG betrieben wird. Die Anlaufstelle will besonders eine «safe zone» offerieren, eine «Auszeit von der Gasse», und wendet sich speziell an Sexarbeiterinnen. Die Heilsarmee in Basel bietet Frauen 36 Wohnplätze mit Betreuung an.

Finanzierung durch Kanton, Stiftungen und Vereine

Die diversen Anlaufstellen und Hilfsangebote unterscheiden sich auch in ihrer Finanzierung. Der Kanton kommt für die Notschlafstelle auf, ebenso für Not- und Übergangswohnungen und Tageseinrichtungen mit Essensabgabe und Möglichkeiten zum Waschen und Duschen. Dazu kommen Wohnhilfe und verschiedene Formen der Wohnbegleitung.

Die Vereine erhalten Geld von Stiftungen oder private Spenden, werden gleichzeitig vom Kanton unterstützt und decken einen Teil ihrer Kosten durch eigene Einnahmen. Im Jahr 2020 hat der Basler Regierungsrat den Budgetvorschlag für acht Trägerschaften verabschiedet, die sich im Bereich Armut und Lebenshilfe organisieren. Für die Periode 2021 bis 2024 erhält die Gassenküche 180'000 Franken pro Jahr. In den drei Jahren davor waren es je 160'000 Franken; weil die Nachfrage aber gestiegen ist, hat der Verein um eine Erhöhung gebeten. Der Verein Schwarzer Peter erhält in den kommenden Jahren gleich viel wie bisher, 270'000 Franken pro Jahr.⁹

Im Bereich sozialer Unterstützung ist der Staat nicht der einzige Akteur. Die CMS etwa weist in ihrem Jahresbericht 2020 Ausgaben von beinahe 5,5 Mio. Franken im Förderschwerpunkt «Prävention und Bekämpfung von Armut» aus. Ein Beispiel für praktische Obdachlosenhilfe infolge der Bedarfsanalyse «(K)ein Daheim» ist die Einrichtung einer Bagagerie, das heisst von Schliessfächern im Tageshaus für Obdachlose. Hier können Obdachlose ihr Gepäck sicher deponieren.¹⁰ Neu eingeführt wurde auch das Pilotprojekt einer Zahn-Sprechstunde, ebenfalls im Tageshaus an der Wallstrasse.¹¹ Der Vorteil der Stiftungshilfe ist ihre Flexibilität. Sie ist auf Projekte ausgerichtet und kann schnell auf eine neue oder dringende Problematik reagieren.

Zuwendungen von Kanton und Privaten ermöglichen erst die Fortführung der Hilfsangebote und machen einen grossen Teil des Budgets aus. Zum Vergleich: Die Gassenküche verlangt seit diesem Jahr drei Franken pro Person für den Sonntagsbrunch, der früher kostenlos war. Damit können laut eigenen Angaben etwa 12'000 bis 15'000 Franken jährlich eingenommen werden. Auch wenn der Betrag klein ist, verlangen Kanton und Stiftungen von den Vereinen, einen Teil ihrer Kosten selbstständig zu decken.

Die Wärmestube Soup&Chill hat bisher darauf verzichtet, Geld von den Besuchenden zu fordern. Nach dreizehn Jahren Betrieb verlor sie deshalb in diesem Jahr die finanzielle Unterstützung der Christoph Merian Stiftung und der GGG Basel.¹² «Mangelnde Zutrittsbeschränkungen und fehlende Mindestbeiträge – wie in vergleichbaren Organisationen üblich – verhindern eine gezielte Steuerung der Besuchenden», begründen die beiden Organisationen ihre Entscheidung. In Basel gäbe es ausserdem genügend andere Mahlzeit- und Aufenthaltsangebote für Obdachlose. Anders sah das der Verein Soup&Chill, der seine Öffnungszeiten während des Pandemiejahrs erweiterte und seither täglich geöffnet ist. Ihre Tore schliessen will die Wärmestube nicht. Vereins-Präsidentin Claudia Adrario de Roche sagte gegenüber den Medien, dass der Betrieb weitergeführt werde und man alternative Finanzierungen suche.

Welche Lösungen?

Basel will Obdachlosigkeit aber auch langfristig angehen. Dafür braucht es sozial- und wohnpolitische Massnahmen. In einer Umfrage unter Obdach- und Wohnungslosen setzten 60 Prozent an erste Stelle ihren Wunsch nach bezahlbarem Wohnraum.¹³ Ein möglicher Ansatz ist «Housing First». Wie der Name sagt, erhalten Obdach- oder Wohnungslose zuallererst eine Unterkunft, ohne Bedingungen oder Qualifizierungen (z.B. Lösung der Suchtproblematik). In der Schweiz versuchen einzelne Kantone oder Städte erste Schritte, auch in Basel begann

⁹ <https://www.grosserrat.bs.ch/dokumente/100392/000000392307.pdf?t=159791545520200820112415> (Zugriff am 12.05.2021).

¹⁰ CMS, Jahresbericht 2020, S. 12.

¹¹ https://www.cms-basel.ch/de/medien/medienmitteilungen-2021/medienmitteilung_2021.05.05.html (Zugriff am 12.05.2021).

¹² <https://www.bzbasel.ch/basel/soup-chill-keine-finanzielle-unterstuetzung-mehr-cms-und-ggg-streichen-gelder-fuer-waermestube-ld.2115548> (Zugriff am 12.05.2021).

¹³ (K)ein Daheim (s. Anm. 2), S. 42.

im letzten Sommer ein Pilotprojekt mit dem Ziel, Wohnungen an Obdachlose zu vermitteln.¹⁴ Träger sind die Heilsarmee und die Sozialhilfe Basel-Stadt, finanziert wird es vom Kanton. Bisher haben sich siebzehn obdachlose Personen dafür angemeldet, an acht von ihnen konnte Wohnraum vermittelt werden. Aber der grosse Ansturm blieb aus – denn nicht alle, die obdachlos sind, wollen tatsächlich wieder zurück in eine Wohnung, sagt Thomas Baumgartner, Leiter der Heilsarmee Wohnen. Besonders die langjährigen Obdachlosen hätten sich an ihr Leben auf der Strasse gewöhnt und scheuten die Veränderung.¹⁵

Damit Menschen aber erst gar nicht in die Obdachlosigkeit rutschen, müssten armutsbetroffene und sozial benachteiligte Haushalte stärker unterstützt werden, resümiert die FHNW-Studie. Fragt man die Betroffenen selbst, wird ein Punkt besonders oft genannt: Die meisten Menschen, die unter Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit leiden, sagen, dass tiefere Mieten dagegen helfen würden. Hier ist der Kanton gefordert: Nach der Annahme der vier Wohninitiativen im Juni 2018 muss er dafür besorgt sein, dass genügend günstiger Wohnraum im Stadtkanton zur Verfügung steht.¹⁶

Neue Herausforderungen: Lockdown und Roma

Für Obdachlose brachte die Corona-Pandemie eine weitere Erschwernis ihrer Situation. Michel Steiner von Schwarzer Peter vermeldete schon in der ersten Lockdown-Woche Mitte März 2020 einen massiven Rückgang an Kontakten. Die Randständigen zogen sich aus der Öffentlichkeit zurück, auch wegen gehässiger Konfrontationen auf der Strasse. Da die Belegungszahl in den beiden Notschlafstellen halbiert werden musste, mietete die Sozialhilfe im April 2020 das Hotel du Commerce als neues 24-Stunden-Angebot an, mit Unterstützung der CMS.¹⁷ Auch konnte die Gassenküche die Essensabgabe in grössere Räume verlegen.

Aber nicht nur die Pandemie verschärfte die Situation für die Anlaufstellen in Basel, die sich plötzlich damit konfrontiert sahen, ihre Angebote und Kapazitäten an die Schutzmassnahmen anzupassen. Per 1. Juli 2020 hob der Grosse Rat das bis anhin geltende Bettelverbot auf. Seither trifft man in der Innenstadt, vor Geschäften in einzelnen Quartieren und an den Bahnhöfen Bettelnde aus Osteuropa. Viele von ihnen sind armutsbetroffene Roma und mit ihren Familien angereist. In ihrer rumänischen Heimat leben sie oft in sehr engen und desolaten Verhältnissen – in Basel schlafen sie in Parks oder unter Brücken. Für Basel ist das ein ungewohntes Bild, das für gemischte Reaktionen in Politik und Bevölkerung sorgt. Bürgerliche wollen das Bettelverbot wieder einführen, die bettelnden Roma sollen in ihre Heimat zurückkehren. Die Linke wünscht sich einen konstruktiven Umgang; für sie ist ein Verbot keine Option, Armutsbetroffene würden so kriminalisiert.¹⁸

Für die Anlaufstellen stellte sich die Frage: Wie damit umgehen? Gassenarbeiterinnen und Gassenarbeiter des Schwarzen Peter suchen regelmässig das Gespräch mit den obdachlosen Roma, um mehr über ihre Bedürfnisse in Erfahrung zu bringen. Während der Wintermonate verteilten sie Schlafsäcke und Isomatten. Die Sozialhilfe bot ihnen in dieser Zeit kostenlosen Unterschlupf in der Männer-Notschlafstelle, während die vorherigen Bewohner der Notschlafstelle in Hotelzimmern untergebracht wurden.

Mittlerweile hat die Basler Regierungsrätin und Vorsteherin des Justiz- und Sicherheitsdepartements Stephanie Eymann (LDP) ihren Vorschlag für eine Anpassung der Bettelordnung präsentiert. Betteln wird nicht verboten, aber stark eingeschränkt. Die Verbotsliste ist lang: Vor Geschäften, Restaurants, Theatern, Kinos, Geldautomaten, in Parks, vor Bahnhöfen,

¹⁴ <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/erster-basler-obdachloser-ist-weg-von-der-strasse-aber-nicht-alle-wollen-uberhaupt-eine-eigene-wohnung-ld.1303593> (Zugriff am 12.05.2021).

¹⁵ <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/erster-basler-obdachloser-ist-weg-von-der-strasse-aber-nicht-alle-wollen-uberhaupt-eine-eigene-wohnung-ld.1303593> (Zugriff am 12.05.2021).

¹⁶ Vgl. Der Wohnungsbau im Kanton Basel-Stadt 2020, <https://www.bs.ch/nm/2021-der-wohnungsbau-im-kanton-basel-stadt-2020-pd.html>

¹⁷ <https://www.cms-basel.ch/de/foerderung/soforthilfe-corona-pandemie.html>.

¹⁸ <https://bajour.ch/a/tGDrvhUnMmLZAg0L/bajour-sucht-den-bettelboss>; <https://www.bazonline.ch/wie-basel-sein-bettel-problem-loesen-moechte-446098805772> (Zugriff: 12.05.2021).

Tram- und Bushaltestellen und auf Märkten soll es nicht mehr erlaubt sein zu betteln. Ausserdem will Eymann aufdringliches und aggressives Betteln explizit verbieten. Damit erfüllt der Vorschlag die Forderungen der SVP, die damit gedroht hatte, eine Volksinitiative zu lancieren. Ein absolutes Bettelverbot würde gegen das Menschenrecht verstossen. Dies hatte im Fall einer bettelnden Roma aus Genf der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte geurteilt.¹⁹ Die SVP fordert, die Behandlung des Gesetzesvorschlags als dringlich zu traktandieren und bereits im Juni im Grossen Rat abzuschliessen, ohne vorangehende Beratung der zuständigen Kommission.

Ob der ausgearbeitete Vorschlag der Regierung menschenrechtskonform ist, darüber herrscht unter den Basler Juristinnen und Juristen keine Einigkeit.²⁰ Stefan Breitenmoser, Professor für Europarecht an der Uni Basel, hat sich mit dem Bettelverbot auseinandergesetzt und einen Bericht verfasst. Er sieht keine Verletzung der Menschenrechtskonventionen durch das teilweise Verbot. Anderer Meinung ist Raphaela Cueni, die an der Uni Basel Öffentliches Recht lehrt. Sie sagt, dass die neue kantonale Bettelordnung gegen Grundrechte verstosse. «Rechtlich kann man nicht verbieten, dass Menschen in der Innenstadt oder am Bahnhof mit Bettlerinnen und Bettlern konfrontiert werden, nur weil sie sich an der Konfrontation stören», so Cueni. Wird der Gesetzesvorschlag im Juni vom Grossen Rat angenommen, könnte das Bettelverbot ab August gültig sein. Über dessen Zulässigkeit müsste dann aber wohl das Bundesgericht entscheiden.

¹⁹ <https://www.srf.ch/news/international/klage-von-28-jaehriger-europaeischer-gerichtshof-kippt-bettelverbot-in-genf> (Zugriff: 28.05.2021).

²⁰ <https://www.bzbasel.ch/basel/bettelverbot-juristin-der-uni-basel-kritisiert-ingeschlagenen-basler-weg-ld.2141365> (Zugriff: 28.05.2021).

Ohne Obdach in Basel – zwei Fallbeispiele Adelina Gashi

Lilian Senn und Benno Fricker waren jahrelang obdachlos. Wie kann es passieren, dass Menschen ihr Zuhause verlieren? Lilian Senn ist eine Kämpferin. Trotz der Gewalt und der sexuellen Übergriffe, die sie erlebt hat, und trotz der Zeit, die sie auf der Strasse verbrachte: Lilian Senn klagt nicht, sie erzählt stolz. «Ich habe mich nie gehen lassen», sagt sie. Eine Frau Mitte sechzig, kurzes, akkurat geschnittenes weisses Haar, um den Hals einen hellblauen geblühten Schal, passend zu ihren blauen, durchdringenden Augen.

Seit 2018 lebt Senn mit ihrem Ehemann in einer Wohnung in Kleinbasel und arbeitet als Verkäuferin und Stadtführerin für das Strassenmagazin «Surprise». Davor verbrachte sie etwa viereinhalb Jahre ohne Obdach in Basel.

Immer wieder heisst es aus der Politik und in der Gesellschaft: In der reichen Schweiz mit ihrem ausgebauten Sozialsystem muss niemand auf der Strasse schlafen – doch die Realität ist eine andere. Im Jahr 2018 waren allein in der Region Basel weit über dreihundert Menschen von Wohnungsnot betroffen, wie eine Studie der Fachhochschule Nordwestschweiz ergab. In einer Umfrage gaben 167 Männer und 38 Frauen Auskunft über ihre Erfahrungen mit Obdach- und Wohnungslosigkeit. Die Gründe, warum Menschen obdachlos werden, sind vielfältig: Suchtprobleme, Gesundheitsprobleme, Brüche in der eigenen Biografie, Trennungen. Lilian Senn rutschte zuerst in die Schulden, dann durch alle Maschen und Sicherheitsnetze hindurch und landete zuletzt auf der Strasse. Sie ist kein Einzelfall.

Das Leben der 64-Jährigen gleicht einer Achterbahn. Senn wächst in der Zürcher Gemeinde Dübendorf auf. Schon früh muss sie Verantwortung für sich und ihre vier Geschwister übernehmen. «Meine Mutter arbeitete viel, als Zweitälteste war ich das Schlüsselkind. Nach der Schule musste ich nach Hause, um für mich und meine Geschwister zu kochen.» Jeden Morgen verteilt Senn Zeitungen in der Nachbarschaft, um sich ein bisschen Taschengeld zu verdienen. Sie ist damals zwölf Jahre alt. Ihr Stiefvater vergeht sich an ihr, ihre Mutter weiss davon, greift aber nie ein. «Meine Mutter hat mich gehasst. Sie hat mehrmals versucht, mich umzubringen. Ich kam mir vor wie ein Gegenstand.» Liebe und Geborgenheit bleiben Senn verwehrt, sie erfährt nie, was es bedeutet, ein behütetes Zuhause zu haben. Wären ihre Geschwister nicht gewesen, hätte Senn schon früher das Weite gesucht. Nach der Schule macht die junge Frau die Lehre zur Floristin, wenige Jahre später heiratet sie. Sie lebt mit ihrem Mann und ihren beiden Söhnen in einem Haus in einem Zürcher Vorort. Ihr Leben scheint nach all den schreck-erfüllten Jahren endlich in geordneten Bahnen zu verlaufen.

Senn hat Ambitionen, die Arbeit als Floristin ist nicht das Richtige für sie. Sie sattelt um und arbeitet zunächst im Verkauf, nach mehreren Weiterbildungen steigt sie zur Personalleiterin auf. Es ist eine anspruchsvolle Zeit – Familie, Beruf, Ehe. Bis es ihr zu viel wird. Nach zwanzig Jahren Ehe hat sie genug, sie wünscht sich einen Neustart. Und wagt ihn: Senn gründet ihre eigene Firma. Aber statt dem grossen Erfolg folgt die Schuldenfalle. Nach nur eineinhalb Jahren bleibt ihr keine andere Wahl mehr, als ihr Unternehmen wieder aufzulösen. Durch Gelegenheitsjobs hält sich Lilian Senn über Wasser, bis sie als Busfahrerin in Zürich und Bern einen geregelten Job findet, ein geregeltes Einkommen hat. Ihr Schuldenberg nimmt Jahr für Jahr ab.

«Und dann habe ich den Fehler gemacht und meinen Job als Busfahrerin gekündigt», sagt Senn. Zum ersten Mal schwingt so etwas wie Bedauern mit in ihrer rauen Stimme. Die Schulden wachsen wieder an, Senn verliert ihre Wohnung und landet bei einer Pastorin in Basel, die ihr temporär Unterschlupf gewährt. Aber dort kann sie nicht bleiben, das weiss sie. Mit den Behörden hat sie «ein Puff», sie ist es leid, von einem Amt zum nächsten zu rennen. Senn entscheidet sich für die Strasse. Ihre Söhne und ihr Ex-Mann bekommen von all dem nichts mit. «Ich habe nie gelernt, was es heisst, zur Ruhe zu kommen. Ich wurde immer wieder aus Kontexten gerissen. Das hat mein Leben geprägt», sagt sie.

Viereinhalb Jahre verbringt Lilian Senn ohne ein eigenes Dach über dem Kopf. Sie kommt manchmal bei Fremden unter, denen sie im Gegenzug ihre Hilfe im Haushalt anbietet. Aber oft schläft sie auch einfach auf der Strasse. «Als Frau hat man es schwerer als ein Mann. Es ist für Frauen gefährlicher, nachts allein unterwegs zu sein.». Wenn Senn die Nacht auf der Strasse verbringt, sucht sie Schutz in öffentlichen Toiletten oder schlägt ihr Lager am Waldrand auf, wo sie weiss, dass sie niemandem begegnen wird. «Die Winter waren hart. Nass und kalt. Aber im Sommer habe ich die Nächte oft mit Spazieren verbracht. So habe ich Basel kennengelernt.» Anlaufstellen wie die Gassenküche, der Schwarze Peter oder das Tageshaus für Obdachlose in der Wallstrasse sind in dieser Zeit wichtige Stützen für Senn. Sie erhält dort etwas Warmes zu essen, ist vor der Witterung geschützt, kann duschen.

Um Geld bettelt sie nie. Durch Temporärjobs, bei denen sie etwa 80 Franken in der Woche verdient, hat sie in manchen Monaten genug Geld, um in der Notschlafstelle zu übernachten. In einer der Anlaufstellen lernt Senn auch ihren späteren Surprise-Arbeitskollegen Benno Fricker kennen. Fricker ist damals ebenfalls obdachlos. Wie Lilian Senn kämpft Benno Fricker zunächst jahrelang um seine Wohnung, bis er eines Tages doch ohne dasteht.

Der gelernte Landmaschinenmechaniker wächst im Baselbiet auf. «Meine Eltern gehörten zum unteren Mittelstand, haben aber eigentlich immer dafür gesorgt, dass uns nichts fehlt. Wir fuhren zweimal im Jahr in die Skiferien und blieben dafür im Sommer zu Hause.» Er greift mit seinen kräftigen grossen Händen nach der Kaffeetasse vor sich und nimmt einen Schluck.

Als Kind und Jugendlicher scheinen Frickers Aussichten gut. Das Pech ereilt ihn erst später. Nach dem Gymnasium studiert er für kurze Zeit: Germanistik, Englisch und Geschichte. Er träumt davon, Musikjournalist zu werden. Aber nach wenigen Monaten bricht er das Studium ab und entscheidet sich doch für eine Lehre. «Die Universität, das war einfach nicht meine Welt. Das elitäre Denken der Menschen hat mich genervt.» Seine Eltern sagten: «Benno, das ist dein Leben, du musst selbst schauen, wo du bleibst.» Während der Lehre bei einer Landmaschinenfirma findet sich Fricker zurecht. Auch wenn er merkt, dass es nicht sein Beruf fürs Leben sein wird, kämpft er sich bis zum Abschluss durch. Und das, obwohl die Firma, bei der er seine Lehre absolviert, ein halbes Jahr vor den Prüfungen Konkurs anmelden muss. Das letzte halbe Jahr – Fricker ist Mitte zwanzig – kann er noch in einem anderen Landmaschinen-Betrieb beenden. Nach seinem Abschluss hangelt sich Fricker von einem Temporärjob zum nächsten. Auf seinem Beruf sind die Stellen nur sehr spärlich gesät.

2015 dann: «Eines Tages kam ich nach einem langen Tag bei der Arbeit nach Hause und der Schlüssel passte nicht mehr.» Fricker hatte seine Miete nicht mehr bezahlen können. Seine Wohnung wurde geräumt. Zu diesem Zeitpunkt arbeitet er temporär in einer Kabelfabrik. Zwei Monate nachdem er seine Wohnung verloren hat, endet auch sein Anstellungsverhältnis bei der Firma. Fricker bleiben weder Job noch Heim. Der Kampf mit den Verwaltungen wächst ihm über den Kopf. «Ich hatte es satt, von einem Amt zum nächsten zu rennen und mich für sie quasi bis auf die «Unzgi» ausziehen», sagt er. Er beschliesst, sich auf der Strasse durchzuschlagen. «Alle meine Habseligkeiten trug ich in einem Rucksack mit mir rum. Mehr war mir nicht geblieben.» Vier Jahre lang ist Benno Fricker obdachlos. «Viele Menschen sind darüber erstaunt, wenn sie mich kennenlernen, dass ich immer noch so viel Freude habe, positiv denke und nicht deprimiert durchs Leben gehe. Aber ich habe mich nicht unterkriegen lassen», sagt er. Und man will es ihm glauben. Fricker ist kein gebrochener Mann, sondern jemand, der gelernt hat, das Beste aus seiner Situation zu machen.

Seine Tage verbringt er damals oft im Unternehmen Mitte an seinem Computer, bloggt, liest Zeitung. Wie Lilian Senn sucht er sich Hilfe in der Gassenküche und bei anderen sozialen Institutionen. Die Nächte verbringt er unter Brücken oder im Park. Eine grosse Tanne im Solitude-Park und ein trockenes Fleckchen unter der Schwarzwaldbrücke werden zu seinen Stammplätzen. In der «Mitte» fällt Fricker irgendwann auf: «Ich war ein «Bösewicht»», sagt er und lacht schallend. Es passiert ihm oft, dass er im Café vor dem Laptop einschläft. Nun wird das Tageshaus für Obdachlose zu seinem neuen Rückzugsort. Die Anlaufstelle dient als kosten-

loser Aufenthaltsort, für wenig Geld erhält man ein Mittagessen. Die Einrichtung verfügt über Waschmaschinen und Duschen. Übernachtet werden darf dort nicht. Fricker lernt, sich auf der Strasse zurechtzufinden. Seine Familie um Hilfe zu bitten, kommt für ihn nicht infrage. «Sie haben ihre eigenen Sorgen. Die Eltern leben von der Rente, meine Schwester hat fünf Kinder. Ich wollte ihnen nicht auf der Tasche liegen.»

Heute lebt Fricker in einer Einzimmerwohnung im St. Alban-Quartier und bietet für den Verein Surprise seit einem halben Jahr soziale Stadtrundgänge an. Dabei erzählt er den Besuchern und Besucherinnen von seiner Geschichte und seinen Erfahrungen, führt sie an die Orte, wo er früher genächtigt hat.

Auch für Lilian Senn kommt die Wende, als ihr 2018 der Verein Surprise einen Job anbietet. Dank ihrer neuen Anstellung kann sie sich seit drei Jahren wieder eine Wohnung leisten. «Mit Schulden und Verlustscheinen wäre es unmöglich gewesen, eine Wohnung zu bekommen», sagt sie. Dass sie nicht mehr obdachlos ist, sei darum auch der Hilfsbereitschaft ihres grossherzigen Vermieters zu verdanken, der ihr entgegengekommen war.

«Es war die wertvollste Zeit meines Lebens», sagt Lilian Senn rückblickend über ihre Jahre ohne Obdach. Ihre Erfahrungen gibt sie mittlerweile bei Stadtrundgängen weiter. «Ich möchte, dass die Leute verstehen, dass es wichtig ist, vor Armut nicht die Augen zu verschliessen. Ignoranz schmerzt und gibt einem das Gefühl, als Mensch weniger wert zu sein.»

Die Scham, das Stigma. Fricker und Senn kennen das unangenehme Gefühl, verurteilt zu werden. «Du bist doch selbst schuld an deiner Armut», musste sich Lilian Senn von Beamten anhören. Auch Benno Fricker kämpft gegen dieses Vorurteil an. Er will durch seine sozialen Stadtrundgänge zum Nachdenken anregen. «Es ist wichtig, dass wir über Armut in der Schweiz sprechen.» Was Basel braucht, ist eine zusätzliche niederschwellige Anlaufstelle, die nicht nur tagsüber, sondern auch durch die ganze Nacht offen hat, findet Fricker. «Bei einem solchen Projekt würde ich mich gerne engagieren», sagt er.

«Im Vergleich zu anderen Städten steht Basel recht gut da», konstatiert Michel Steiner, Co-Leiter des Vereins Schwarzer Peter. Basel verfüge über ein gut ausgebautes Netz an Fach- und Anlaufstellen. «Das Problem ist, dass wir handlungsunfähig sind. Wir können Menschen beraten und unterstützen, aber ihnen keine Wohnungen vermitteln.»

Die Studie der Fachhochschule Nordwestschweiz argumentiert, dass Obdachlosigkeit durch fehlende Sozialwohnungen entsteht. Steiner, der die 2018 angenommene die Volksinitiative zum Recht auf Wohnen mitlancierte, bestätigt diesen Befund. «Es gibt in Basel zu wenig bezahlbaren Wohnraum. Sozial benachteiligte Menschen haben bei der Wohnungssuche das Nachsehen und ein grösseres Risiko, irgendwann plötzlich ohne Dach über dem Kopf dazustehen.»

Eine Statistik des Vereins Schwarzer Peter ergab, dass allein im letzten Jahr 626 Menschen die Meldeadresse des Vereins beansprucht haben, weil sie keine eigene mehr hatten. 350 waren am 31. Dezember 2020 angemeldet. Es sei falsch, die Schuld für die Obdachlosigkeit bei den Individuen zu suchen, sagt Steiner. «Das ist ein perfider Vorwurf, der gesellschaftliche Missstände verwischt.»

Über die Autorin

Adelina Gashi ist Gesellschafts- und Politik-Reporterin beim Online-Medium Bajour und schreibt über Themen wie soziale Ungleichheit, Schweizer Migrationspolitik und den Balkan.

Bisherige Beiträge zum Thema im Basler Jahrbuch/Stadtbuch

«Die öffentliche Armenfürsorge der Niedergelassenen in Basel»
(Gotthold Oderbolz, Basler Jahrbuch 1950, S. 142–161)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1950/1950_0896.html

«Die Heilsarmee – 100 Jahre in Basel» (Hugo Steiner, Basler
Stadtbuch 1987, S. 173–176)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1987/1987_1930.html

«Notwohnungen in Basel – ein aktuelles Problem» (Jörg Hübschle,
Basler Stadtbuch 1989, S. 46–48)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1989/1989_2018.html

«Gassenküche – Was? Warum? Wer? Für wen?» (Hans Hasler,
Basler Stadtbuch 1989, S. 44–45)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1989/1989_2017.html

«Uff dr Gass. Die Gasse als Lebensraum» (Hans Lanz, Basler
Stadtbuch 1991, S. 107–110)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1991/1991_2173.html

«Armut in Basel. Armutsforschung in der Schweiz – ein Überblick»
(Robert E. Leu, Basler Stadtbuch 1992, S. 47–50)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1992/1992_2219.html

«Armut in Basel. Armut wahrnehmen» (Ueli Mäder, Basler
Stadtbuch 1992, S. 51–55)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1992/1992_2220.html

«Armut in Basel. Wie Armut auf uns zukommt – uns begegnet»
(Ida Brütsch-Prinz, Alice Friedli, Basler Stadtbuch 1992, S. 56–57)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1992/1992_2221.html

«Armut in Basel. CARISAtt – ein neuartiger Lebensmittelladen»
(Stefan Kaune, Basler Stadtbuch 1992, S. 58–59)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1992/1992_2222.html

«Wallstrasse 16. Tageshaus für Obdachlose und Bedürftige»
(Benedikt Hänggi, Basler Stadtbuch 1993, S. 74–75)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1993/1993_2286.html

«Besorgniserregende Zunahme der Fürsorgefälle. Ursachen,
Wirkungen, Lösungsansätze» (Bruno Rossi, Basler Stadtbuch
1997, S. 73–77)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1997/1997_2516.html

«Das soziale Engagement der Kirchen» (Marc Flückiger, Basler
Stadtbuch 1999, S. 196–199)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1999/1999_2658.html

«Das neue Bild der Armut. Sozialhilfe im Umbruch» (Rolf Maegli,
Basler Stadtbuch 2000, S. 100–104)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2000/2000_2693.html

«Armut in Basel – Versuch einer Annäherung» (Maya Brändli,
Basler Stadtbuch 2010, S. 117–129)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2010/2010_3119.html

«Sozialberichterstattung» (Andrea Pfeifer Brändli, Basler Stadtbuch 2012, S. 30–33)

http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2012/2012_3207.html

«... und unseren kranken Nachbarn auch»: Das erste Basler Spital. Was sich aus der Geschichte des ersten Basler Spitals für die Zukunft lernen lässt» (Simon Baur, Basler Stadtbuch 2014, S. 16–18)

http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2014/2014_3308.html

«Unehrllich sind nur etwa drei Prozent» (Pieter Poldervaart, Basler Stadtbuch 2015, S. 18–21)

http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2015/2015_3355.html

Basel Stadt

Obdachlosigkeit, ein ungelöstes Problem

Notlage In Basel haben 360 Menschen keine eigene Wohnung. Jetzt wird der Ruf nach besserem Zugang zur Notschlafstelle laut.

Martin Furrer

Die Frau wählte zum Übernachten die mittlere der drei Telefonkabinen am Aeschenplatz. Den Boden hatte sie mit schmutzigen Decken ausgelegt. Darauf breitete sie ihren Schlafsack aus. Neben ihr stand ein kleiner schwarzer Rollkoffer mit ihrem Hab und Gut. In diese Schlafstätte verkroch sich die Frau Nacht für Nacht – ein zusammengekrümmtes Bündel Mensch, ignoriert von den Passanten, die an den Telefonzellen vorbeieilten. Am Morgen war die Telefonzelle jeweils wieder leer, die Frau verschwunden. Am späten Abend war sie wieder da. Das ging ein paar Wochen so. Es war im Winter, die Tage waren kalt, die Nächte eisig. Jetzt ist die Telefonzelle leer.

Obdachlosen begegnet man in Basel immer wieder. Einer hielt sich eine Zeit lang vor dem Kiosk am Barfüsserplatz auf. Eingehüllt in eine dicke Jacke mit Kapuze, die er tief in sein bärtiges, verwittertes Gesicht gezogen hatte, sass er auf einer Art Campingsessel und döste vor sich hin. Vor ihm stand ein Rollator, den er mit unzähligen Taschen behängt hatte. In einer lag ein zerfleddertes Taschenbuch und ein Sandwich mit rotem Aufkleber: «1/2-Preis». Der Kioskverkäufer sagte, angesprochen auf den Mann, nur: «Eine Schan-



Obdachlose – im öffentlichen Raum zu Hause, aber ohne eigene vier Wände. Foto: Pino Covino

de ist es, dass es so etwas gibt. Eine Schande!»

Günstiger Wohnraum fehlt

Die Frau in der Telefonzelle und der Mann vom Barfüsserplatz sind zwei von etwa fünfzig Menschen in Basel, die regelmässig im Freien schlafen. Weitere fünf-

zig Personen frequentieren im Schnitt pro Nacht die Notschlafstelle. Hinzu kommen 200 sogenannte Wohnungslose, die in Notwohnungen der Basler Sozialhilfe leben, sowie gut 60 Menschen, die temporär bei Freunden oder Bekannten übernachten, nachdem sie ihre Woh-

nung verloren haben. Insgesamt sind es laut einer Studie, welche die Christoph-Merian-Stiftung gestern präsentierte, rund 360 Menschen, die im engeren oder weiteren Sinn als obdachlos gelten. Die CMS liess die Daten von der Hochschule für Soziale Arbeit der Fachhochschule Nord-

westschweiz (FHNW) im März 2018 erheben und auswerten.

«Primär ist das Fehlen von günstigem Wohnraum Ursache des Problems», sagte Fleur Jaccard, Leiterin der Abteilung Soziales bei der CMS. Kommen zum Verlust der Wohnung persönliche Schwierigkeiten hinzu, kann sich für einen Menschen die Abwärtsspirale schnell Richtung Obdachlosigkeit zu drehen beginnen. Früher seien es oft Drogenabhängige gewesen, die obdachlos geworden seien, sagte Jaccard: «Heute sind es häufig Arbeitssuchende aus Osteuropa und Personen mit psychischen Problemen.»

Ein männliches Phänomen

Die Frau von der Telefonzelle am Aeschenplatz ist nicht repräsentativ für das Problem. «Obdachlosigkeit», sagte Jörg Dittmann, Professor an der FHNW, «ist ein männliches Phänomen.» Es seien vor allem Männer im Alter zwischen 36 und 50 Jahren betroffen. Wer einmal obdachlos werde und unter freiem Himmel nächtige, tue das für längere Zeit, «im Schnitt dauert eine solche Phase etwas zweieinhalb Jahre.»

400 Menschen ohne dauernde Bleibe – ist das viel oder wenig in einer Stadt wie Basel mit 200 000 Einwohnern? «Wir hatten schon höhere Obdachlosenzahlen», sagte Matthias Drilling, FHNW-Professor, «das war vor

allem in Zeiten der Fall, als es um den Wohnungsmarkt in Basel noch schlechter stand als heute.» Die Situation sei überschaubar und «nicht alarmierend», für die Betroffenen aber dennoch «sehr prekär».

Gleicher Tarif für alle

Was wäre zu tun? Die CMS als soziale Institution, die nach dem Willen ihres 1858 verstorbenen Gründers Christoph Merian zur «Linderung der Noth und des Unglücks» verpflichtet ist, will ihr Liegenschafts-Portfolio unter die Lupe nehmen, um zu prüfen, ob mehr sozialer Wohnraum geschaffen werden könnte.

Die zwei FHNW-Professoren Dittmann und Drilling fordern derweil unter anderem, die staatliche Notschlafstelle «bedingungslos» für alle zu öffnen, die dort anklopfen. Das Angebot an Betten sei gross genug, sagen sie, doch der Zutritt sei zu vereinfachen. Heute zahlen Personen, die in Basel angemeldet sind, 7.50 Franken pro Nacht, Auswärtige 40 Franken.

Ruedi Illes, Leiter der Sozialhilfe Basel-Stadt, sieht das ein bisschen anders. Preisliche Abstufungen müsse es weiterhin geben, sagt er. Man könne zum Beispiel für ausserkantonale Kunden nicht denselben Tarif verlangen wie für Einheimische. Obdachlosigkeit bleibt ein ungelöstes Problem.

Basel-Stadt

Rastlos unterwegs – auf der Suche nach einem Zuhause

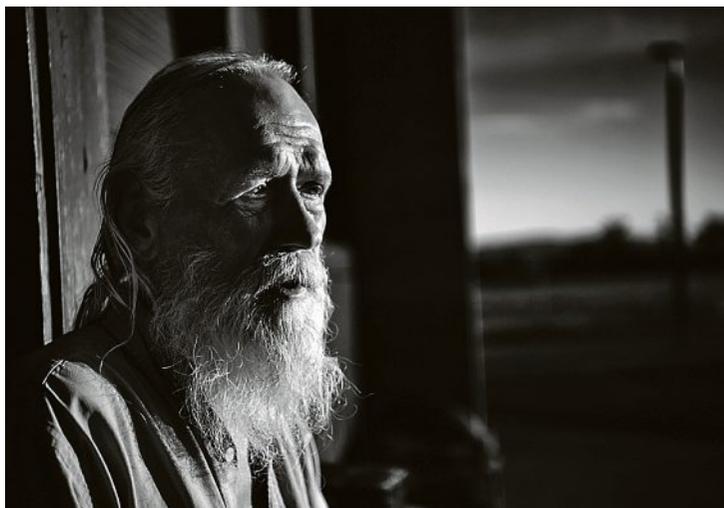
Obdachlos Nach einem Schicksalsschlag hat René sein Dach über dem Kopf verloren.

Als der entscheidende Kampf ausgefochten und verloren war, mussten auch die letzten Mieter der Liegenschaften am Burgweg endgültig ihre Wohnungen räumen. Unter ihnen der damals 67-jährige René (Name von der Redaktion geändert). Er liess seine wenigen Habseligkeiten zurück und machte sich nur mit dem, was er auf dem Leib trug, auf den Weg.

Johannes Czwalina, Unternehmensberater und Gründer der Gedenkstätte für Flüchtlinge in Riehen, erinnert sich: «Eines Nachts stand René plötzlich vor der Tür. Es muss sich wohl herumgesprochen haben, dass ich ein offenes Ohr für Menschen in Not habe.» Aber Johannes Czwalina hat weder die Möglichkeiten noch die Kapazität, René langfristig zu beherbergen. So bringt er René nach einem gemeinsamen Essen mit dem Auto in die Notschlafstelle in Basel.

Wie weiter?

In der Notschlafstelle hat René zwar ein Dach über dem Kopf und ein warmes Bett in der Nacht, aber wohl fühlt er sich nicht. Mit mehreren fremden Männern im gleichen Zimmer, da wird es ihm schnell zu eng. Ausserdem lassen die hygienischen Zustände im WC zu wünschen übrig. «Immer wieder stand ich bei Wind und Wetter auf der Strasse und stellt mir die Frage: wie weiter?»



Unterwegs zu sein, ist René zur Gewohnheit geworden, doch mittlerweile schmerzen die Beine. Foto: Stefan Leimer

Nachdem er am Morgen die Notschlafstelle – trotz vorangegangener Verwarnung – ein weiteres Mal um einige Minuten zu spät verlässt, bekommt er zwei Wochen Hausverbot. Und ist in der Folge gezwungen, sich kurzfristig nach einer alternativen Schlafmöglichkeit umzusehen. Ein paar Tage kommt er bei einer Privatperson, die er im Hop Basel kennen gelernt hat, unter.

Weil er nicht zur Last fallen möchte, zieht René weiter. Ein Zelt in einer Scheune wird für kurze Zeit sein Zuhause. Aber auch hier findet er keine Ruhe, und René richtet sich auf dem Allschwiler Friedhof ein. Vierzehn Tage wird er dort geduldet. Dann bittet ihn die Polizei höf-

lich, aber bestimmt, den Gottesacker zu verlassen. Der Verwalter des Friedhofs versucht zu helfen, ruft Bekannte und Freunde an und vermittelt einen provisorischen Platz für eine Nacht auf einem Bauernhof. René entschuldigt sich vielfach, lehnt aber dankend ab.

Auf seinem alten Damenrad fährt René nach Riehen. Bei einer Hütte in den Langen Erlen findet er Obdach. Ideal ist der Zufluchtsort nicht. Zwar steht die öffentliche Toilette zur Verfügung, und an heissen Tagen kann er zwischen Sonnen- und Schattenseite wechseln. Das kurze Vordach schützt kaum vor Regen. Aber René bleibt. Im persönlichen Kontakt erweist sich René

als angenehmer Gesprächspartner. Den Grossteil des Tages macht er sich – im wahrsten Sinne des Wortes – über Gott und die Welt Gedanken. Er weiss viel, kennt unzählige Anekdoten, kann sich genau an Daten erinnern und begrüsst seine Besucher alle mit Vornamen. Immer wieder setzen sich Spaziergänger für einen kurzen Schwatz zu ihm und erzählen ihm dann – anders als vielleicht zu erwarten – ihre eigene Schicksalsgeschichte.

Polizei gibt ihm eine Decke

Zwar kommt es vor, dass sich Passanten gelegentlich über ihn beschweren. Unter anderem, weil er angeblich die beliebten Bänkli zum Sünnele belegt. Aber: «Die Menschen hier», berichtet er, «sind alle sehr nett.» Regelmässig werde er mit Essen und Trinken oder Kleidern versorgt. «Manche bringen aber auch Sachen, die ich gar nicht gebrauchen kann...», bemerkt er schmunzelnd. Und findet ein Fest bei «seiner» Hütte statt, bringen ihm die Gäste immer etwas vorbei.

Die bei einem Anlass zurückgebliebenen Seifenblasen hat René als Reminiszenz an seinen Beruf Glasbläser behalten.

Bei einer Routinekontrolle wird zwar auch in Riehen die Polizei auf ihn aufmerksam. Aber anders als in Allschwil werden er und seine Situation hier akzeptiert. Die Polizisten sorgen sich

um sein Wohl und geben ihm sogar eine Decke.

Die warmen Sommermonate vergehen, der Herbst kündigt sich an, und die Nächte werden langsam kälter. René weiss: «Ich brauche eine Bleibe. Nicht viel. Ein Zimmer, ein sauberes WC, etwas Platz, um wieder kreativ tätig zu sein. Ein Wohnatelier, ein leer stehender Gewerberaum oder nicht mehr gebrauchtes Gartenhäuschen wäre schön.»

Auch für einen Arztbesuch wäre es an der Zeit. Die Ödeme in den Beinen machen ihm mehr zu schaffen, als er sich eingestehen will.

An gut gemeinten Ratschlägen oder an konkreten Adressen, an die er sich wenden könnte, mangelt es nicht. Etwas Geld ist vorhanden, sodass er eine bescheidene Miete zahlen könnte. Aber René fehlt nach all den Rückschlägen die Motivation, etwas an seiner Situation zu ändern. Die Freiheit erscheint ihm zudem wichtiger als die Sicherheit.

Was für Wünsche er hat, möchte ich noch von ihm wissen. Mit sanften Augen schaut René mich an, überlegt eine Weile und sagt dann: «Wünsche habe ich keine. Sobald ein Wunsch erfüllt wird, hat man wieder einen neuen. Und dann ist man wieder im gleichen Hamsterrad wie eh und je...»

Stefan Leimer

Basel-Stadt

«Vielen droht Armut, wenn sie Kinder kriegen»

Existenzminimum Immer mehr Menschen in der Schweiz gelten als arm. Domenico Sposato ist seit einem Jahr Leiter der Caritas beider Basel und spricht über Kinder ohne Chancen, Working Poor und das Ende des sozialen Friedens.

Nina Jecker

Herr Sposato, jeder Zwölfte in der Schweiz gilt als arm, obwohl bei uns niemand verhungern muss. Wie zeigt sich Armut in der Schweiz?

Armut ist sehr subjektiv. In der Dritten Welt geht es ums nackte Überleben. Das bedeutet aber nicht, dass das in der Schweiz ein Luxusproblem ist. Im Gegenteil, es ist sehr belastend, in einer Wohlstandsgesellschaft arm zu sein.

Ab wann ist man denn arm?

Gemäss der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) dann, wenn eine Unterversorgung in wichtigen Lebensbereichen, also materiell, kulturell und sozial, vorliegt. Betroffene Personen erreichen den minimalen Lebensstandard nicht, welcher in der Schweiz als annehmbar empfunden wird. Im Verständnis der Caritas kommt hinzu, dass Armutsbetroffene in prekären Situationen leben. Sie wohnen beispielsweise in zu kleinen, lärmigen Wohnungen, haben keine berufliche Aus- oder Weiterbildung und leiden an gesundheitlichen Einschränkungen.

«Globalisierung und Digitalisierung schreiten weiter voran. Die Armut wird noch zunehmen.»

Ein annehmbarer Lebensstandard – wann ist der erreicht?

Die Armutsgrenze liegt laut den Richtlinien der Skos bei durchschnittlich 2247 Franken pro Monat für eine Einzelperson und 3981 Franken pro Monat für einen Haushalt mit zwei Erwach-

senen und zwei Kindern unter 14 Jahren. Es ist dieses Minimum, das wir als Gesellschaft Betroffenen ermöglichen müssen.

Das sehen nicht alle so. Es gibt immer wieder politische Bestrebungen, bei der Sozialhilfe zu sparen, wie in Bern, wo dieses Jahr über eine Senkung des Grundbedarfs abgestimmt wurde. Die Initianten finden, aktuell werde zu viel Luxus ermöglicht.

Leider versuchen gewisse Kreise immer wieder, Medienpräsenz zu erlangen, indem sie sozial Schwache als sogenannte «Gesellschafts- und Strukturausnutzer» darstellen. Zum Glück hat das Stimmvolk in diesem Fall eine Kürzung abgelehnt. Es geht hier nämlich nicht um Luxus, sondern um eine würdige Existenz. Das heisst, alle sollen in irgendeiner Form am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Sei es durch eine Vereinsmitgliedschaft, sei es durch einen Kaffee auswärts ab und zu.

Aber muss eine Gesellschaft das finanzieren?

Auf jeden Fall. In einem wohlhabenden Land wie der Schweiz sollte man über so etwas gar nicht diskutieren müssen. Ausserdem geht Armut uns alle etwas an. Einerseits aus Gründen der Solidarität, die in der Schweiz ein hohes Gut darstellt. Andererseits wird die Armut bei uns mit hoher Wahrscheinlichkeit noch zunehmen.

Weshalb?

Die Globalisierung und die Digitalisierung schreiten weiter voran. Früher war eine reiche Person auf die armen Mitbürger angewiesen. Heute verlagert sie die Firma einfach in ein Billiglohnland, weshalb wir kaum noch niedrigqualifizierte Jobs haben. Weitere Stellen fallen der Digita-



Domenico Sposato will erreichen, dass die Gesellschaft über Armut spricht. Foto: Nicole Pont

lisierung zum Opfer, man braucht sie schlicht nicht mehr. Aber auch die Mieten und Gesundheitskosten, die unaufhörlich steigen, treiben vor allem Familien in die Armut. Stellen Sie sich das vor: Im Jahr 2019 droht vielen in der Schweiz die Armut, weil sie Kinder bekommen! Die Caritas beider Basel hat deshalb im Baselbiet die Initiative für Ergänzungsleistungen für Familien mit geringem Einkommen lanciert, über die am 24. November abgestimmt wird.

Wer durch Basel spaziert, sieht Menschen beim Arbeiten, Shoppen, Kaffee – eine wohlhabende Stadt. Wo versteckt sich die Armut?

Betroffene ziehen sich in der Regel stark zurück. Zum einen können sie sich das meiste, was die anderen tun, schlicht nicht leisten. Zum anderen schämen sie sich. Wie gross die Scham ist, zeigt auch der Umstand, dass rund jeder Vierte, der ein Recht auf Leistungen hätte, diese nicht bezieht. Nicht nur aus Unwissenheit, sondern auch, weil viele diesen Stempel nicht möchten.

Weil man den nie wieder los wird?

Es ist tatsächlich schwierig, aus der Sozialhilfe wieder herauszukommen. Faktoren wie beispielsweise Kinder oder ältere Angehörige, die betreut werden müssen, Erkrankungen oder

mangelnde Qualifikation ändern sich ja nicht einfach über Nacht. Ausserdem schreckt eine Sozialhilfeabhängigkeit die meisten Arbeitgeber ab, was die Rückkehr in die Arbeitswelt enorm erschwert.

Was bedeutet das für Betroffene?

Sie haben keine Perspektive mehr, keine Chance, dass es wieder aufwärts geht. Das ist für viele so schlimm, dass es körperlich und seelisch krank macht, was wiederum die Abhängigkeit verstärkt.

Wie möchten Sie als neuer Leiter der Caritas beider Basel diesen Menschen helfen?

Die Caritas leistet bereits sehr viel. Mit 575 Stellenprozent bieten wir täglich eine niederschwellige Sozialberatung an, die ohne Termin für alle offen ist. Es gibt den Secondhand-Kleiderladen, den Caritas-Markt und das Götti-Projekt «mit mir», für das sich Freiwillige tageweise um Kinder aus prekären Verhältnissen kümmern. Dazu kommen weitere Angebote wie die Kultur-Legi, mit der finanziell Schwächere am kulturellen Leben teilnehmen können

Müssen denn Kinder aus armen Familien besonders gefördert werden, damit sie den Ausstieg aus der Armut schaffen?

Chancengleichheit ist unverzichtbar. Wo diese nicht besteht, ist definitiv Förderung notwendig. Ansonsten droht die Gefahr, dass die Armut quasi vererbt wird.

Zurück zu Ihnen. Was sind Ihre Pläne bei der Caritas?

Die Gesellschaft muss stärker akzeptieren, dass Armut dazu gehört, und darüber sprechen. Das ist mein Ziel. Entwicklungen wie die Globalisierung und die Digitalisierung müssen auch aus einer Armutsperspektive heraus betrachtet werden, sonst landet eine immer grössere Masse in der Abhängigkeit. Bereits heute werden jährlich 40000 Personen ausgesteuert, das sind dreimal mehr als zur Jahrtausendwende.

Sie fordern, dass Armut thematisiert wird. Da dürfte es Sie freuen, dass gerade drei Armutsforscher den Nobelpreis für Wirtschaft erhalten haben.

Das tut es. Es wäre toll, wenn dies dazu führt, dass sich viele mit dem Thema befassen. Und natürlich, wenn dadurch wieder mehr Menschen gemeinnützigen Organisationen wie uns Geld spenden würden. (lacht)

Wie es ist, auf der Strasse zu leben

Kino Vier randständige Menschen aus Basel berichten in «Im Spiegel» hautnah aus ihrem Alltag.

Nathalie Reichel

Wir alle haben sie schon einmal auf der Strasse gesehen: Obdachlose. Doch wie haben wir reagiert? Konnten wir uns in sie einfühlen, oder haben wir kritisch den Blick abgewendet mit dem Hintergedanken «selber schuld»? Eine hastig gebildete Meinung und diverse Spekulationen reichen, um solche Menschen zu stigmatisieren.

Dinge sind aber oft anders, als sie aussehen. Und jeder Obdachlose hat seine eigene Geschichte. Dies zeigt der neue Dokumentarfilm von Matthias Affolter «Im Spiegel», der seit gestern bei uns in den Kinos zu sehen ist. Dem Regisseur gelingt es, in diesem Film die Perspektive zu wechseln und wahre Geschichten zu erzählen, indem er Obdachlosen aus Basel selbst das Wort gibt.

Genauer gesagt tut es Anna Tschannen. Die Co-Autorin und Coiffeuse bietet seit zwölf Jahren Haarschnitte für Menschen an, die von Armut betroffen sind, und sie hat dadurch viele Obdachlose kennengelernt. Mit der Zeit entstanden interessante Gespräche zwischen den Randständigen und der Coiffeuse. «Ich hatte den Wunsch, das, was ich während der letzten Jahren beim Haarschneiden erlebt und gehört habe, weiterzuerzählen», sagte sie zu Regisseur Matthias Affolter.

«Im Spiegel» sehen sich nun diese Menschen, die sich auf Anna Tschannens Coiffeurstuhl setzen. Blicken unverblümt sich selbst und ihrem Leben entgegen. Und beginnen offen zu erzählen.

Vier Obdachlose

Im Film treten vier Obdachlose auf. Ausgangspunkt bleibt stets der Coiffeursalon von Anna Tschannen, wo sie sich jeweils kurz mit ihr austauschen. Schon bald verlassen ihre Erzählungen aber den Raum und führen zu vertrauten Orten wie etwa dem



Wenn sie sich bei Anna Tschannen die Haare schneiden lassen, gewähren die vom Leben Geplagten einen Blick in ihre Seele.

Barfi oder der Markthalle. Nun, so ganz vertraut scheinen diese Orte plötzlich nicht mehr. Schliesslich wird der Zuschauer zum Begleiter der Obdachlosen Markus, Arold, Urs und Lilian. Der Blick der Sicherheit und Geborgenheit schwindet, und man beginnt allmählich zu verstehen, was es wirklich bedeutet, kein Dach über den Kopf zu haben.

«Man ist allem und jedem ausgeliefert», bringt es Arold auf den Punkt, der seit neuneinhalb Jahren kein Zuhause hat. Markus übernachtet in den letzten Jahren in einer Notschlafstelle und erzählt, wie er nach seiner Trennung die Arbeit und dadurch seine Wohnung verloren hat: «Mir

wurde der Boden unter den Füissen weggezogen.»

Gründe dafür, dass Menschen aus den Strukturen des Systems fallen und plötzlich am Rand der Gesellschaft leben, gibt es viele. Eindeutig sind sie jedoch nicht immer: Viele der Protagonisten haben eine traumatische Kindheit hinter sich, doch auch aufgrund einer fehlenden Familie oder eines unberechenbaren Ereignisses geraten einige immer tiefer in die Abwärtsspirale.

Leben im Verborgenen

Der Dokumentarfilm «Im Spiegel» zeigt die Dinge so, wie sie sind. Besonders empfehlenswert und sehenswert ist er nicht nur

wegen des gelungenen Perspektivenwechsels, sondern weil er Einblicke gewährt, die man sonst nie erhalten würde. Nicht umsonst heisst der Zusatztitel des Films nämlich «Vom Leben im Verborgenen». Indem der Regisseur Matthias Affolter sich von den Obdachlosen durch ihren Alltag führen lässt, wirken die Darstellungen spontan und realistisch.

Mit der Zeit beginnt der Zuschauer, diese Menschen für ihre Kraft zu bewundern statt sie zu bemitleiden. Trotz der Leiden zeigen sie ihre Bemühungen, wieder in die Mitte der Gesellschaft zu kommen, sowie Dankbarkeit für einfache Kleinigkei-

ten: Arold hat nach vielen Jahren eine kleine Wohnung gefunden. Urs hat ein Jahr für seine Reise nach Kamerun sein Einkommen vom Strassenmagazin «Surprise» zusammengespart – in Afrika will er arbeiten und einen Neuanfang wagen. Lilian enthüllt uns ihren Schlafplatz: eine Kirche. Sie ist gläubig, betet und holt sich bei Gott Hilfe. «Das Wertvollste, was man haben kann, ist einen Menschen an seiner Seite», sagt sie zu Anna Tschannen.

Ob sie jemanden finden wird? Das Ende des Films ist jedenfalls optimistisch.

Atelier, Basel



Region

Angebot an Notwohnungen «genügend»

Obdachlosenhilfe Regierungsrat sieht keinen zusätzlichen Bedarf.

Insgesamt leben aktuell 270 Personen in den kantonalen Notwohnungen, 258 in Basel und 12 in Riehen. Dies schreibt der Regierungsrat in der Antwort auf eine Interpellation von SVP-Grossrätin Daniela Stumpf zum Thema «Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit im Kanton Basel-Stadt».

Sie stützte sich auf eine Studie der Fachhochschule Nordwestschweiz. Darin wurden in einer Nacht des Jahres 2018 insgesamt 206 obdach- und wohnungslose Personen oder solche mit ungesicherter Wohnung gezählt. Erfahrungen mit solchen Situationen hatten 362 Personen.

Die Regierung schätzt die publizierte Zahl von rund 300 obdachlosen Personen als zu hoch ein. Der vorhandenen Obdachlosigkeit solle aber mit geeigneten staatlichen Mitteln begegnet werden. Mietverträge über Notwohnungen würden so lange aufrechterhalten, bis die Personen eine andere Wohnung gefunden hätten. In den Notschlafstellen der separaten Unterkunft für Frauen liegt die durchschnittliche Belegung der 103 Betten bei unter 50 Prozent.

Das Angebot von Notwohnungen an der Belforterstrasse und an der

Theodor-Herzl-Strasse wurde in den Jahren 2014 und 2015 um 50 erweitert. Das derzeitige Angebot auf Kantonsgebiet ist gemäss dem Regierungsrat «genügend», und es liege keine weitere Bestellung für zusätzliche Notwohnungen vor.

Vielmehr sollen neue preisgünstige Wohnungen erstellt werden, wie dies auf dem Areal Volta-Ost am Voltaplatz beim Walkeweg und an der Hochbergerstrasse 158 geplant ist. Das «sozial-integrative Wohnungsbauprojekt» mit rund 100 Wohnungen an der Ecke Elsässerstrasse/Voltastrasse wird aber noch durch Rekurse blockiert.

250 warten auf Wohnraum

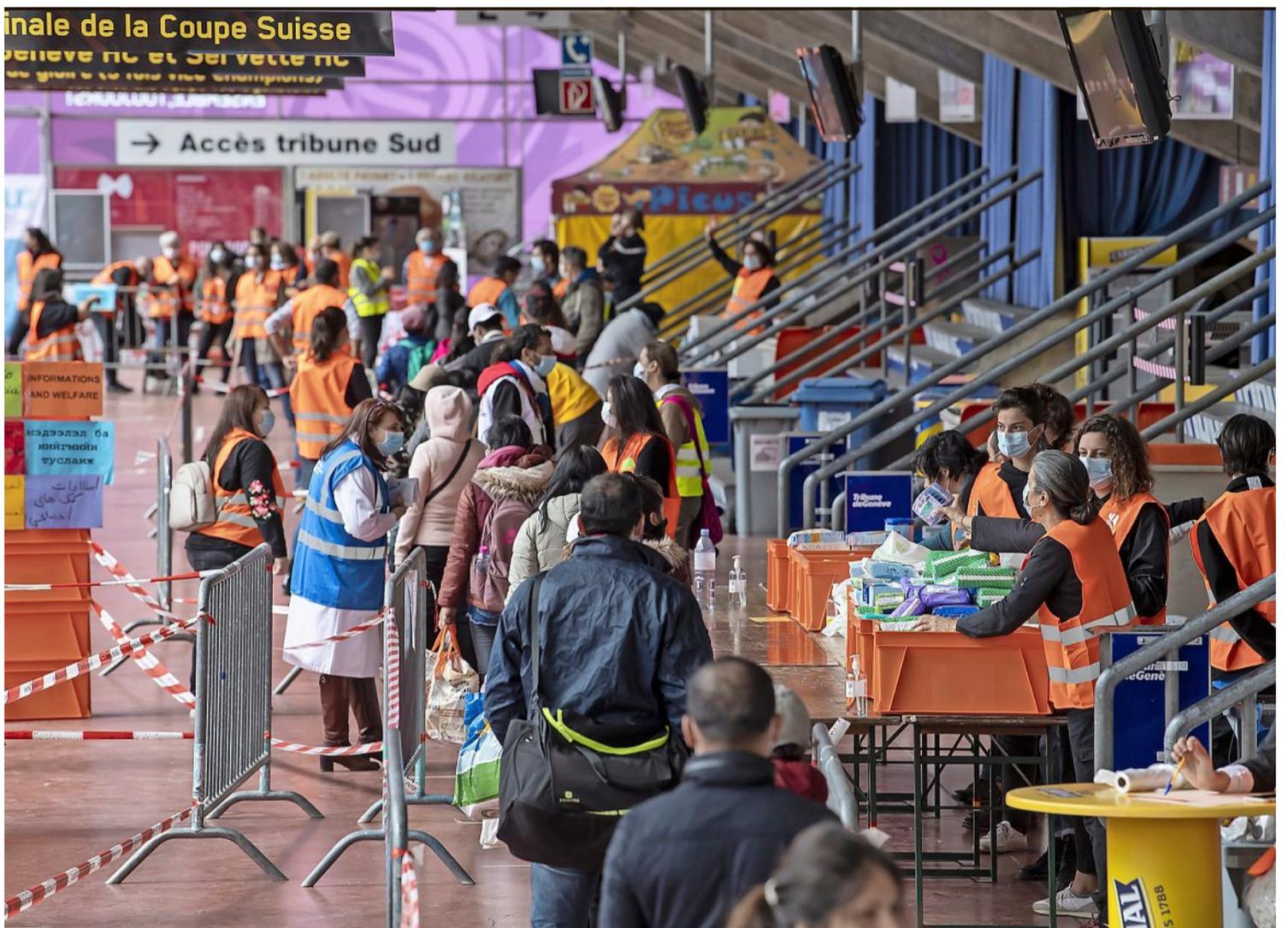
Die IG Wohnen, die Menschen in schwierigen Situationen bei der Wohnungssuche unterstützt, meldete im Dezember 252 laufende Dossiers. In den Jahren 2015 bis 2018 konnte die IG Wohnen 565 Personen eine Wohnung oder ein Zimmer vermitteln, das sind durchschnittlich 141 pro Jahr. Die IG Wohnen wird zu 70 Prozent durch eine Leistungsvereinbarung mit der Sozialhilfe und zu 23 Prozent durch einen kantonalen Staatsbetrag finanziert. 4 Prozent der Einnahmen stammen von Mit-

gliederbeiträgen. Rund 25 Vereine, Institutionen und Amtsstellen vermitteln Hilfesuchende an die IG Wohnen. Die Wohnungen sind deren Klienten vorbehalten, stehen also nicht allen Wohnungssuchenden offen. Vermieter können Wohnungen der IG Wohnen über deren Website anbieten.

Eine Meldeadresse beim Verein für Gassenarbeit Schwarzer Peter nahmen 2019 insgesamt 745 Menschen ohne festen Wohnsitz für durchschnittlich acht Monate in Anspruch, wie der Verein mitteilte. «Gut anderthalb Jahre nach der deutlichen Annahme des Verfassungsartikels zum Recht auf Wohnen ist die Zahl der beim Schwarzen Peter angemeldeten Wohnungslosen nahezu unverändert.» Ende Jahr waren 356 Personen beim Schwarzen Peter an der Elsässerstrasse 23 angemeldet, 33 weniger als Ende 2018. Auch nach dieser Quelle sind es also gut 300 Menschen, die Probleme haben, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Urs Rist

Der Schwarze Peter bietet u. a. durch eine offene Sprechstunde Hilfe an: Di und Do 14–17 Uhr.



Lange Schlangen bildeten sich am Samstag bei einer Verteilaktion im Eishockeystadion von Servette in Genf. Foto: Martial Trezzini (Keystone)

Corona drängt immer mehr Menschen in die Armut

Ansturm auf Hilfsangebote Wegen der Krise sind in der Schweiz Zehntausende auf kostenlose oder vergünstigte Lebensmittel angewiesen.

Jacqueline Büchi
und **Philippe Reichen**

Die Bilder aus Genf erschreckten die restliche Schweiz: 1500 Menschen versammelten sich am Samstag vor dem Eishockeystadion des HC Genf-Servette. Hilfsbedürftige, die wegen der Corona-Krise in Not geraten sind und die für ein Päckchen Reis, Teigwaren und Mehl anstanden. Der Wert der Ware: 20 Franken. Die Länge der Schlange: ein Kilometer. Die Wartezeit: drei Stunden. Die Hilfesuchenden konnten sich auch auf eine mögliche Corona-Infektion hin testen lassen und eine Sozialberatung in Anspruch nehmen.

Hinter der Aktion stand das Genfer Bürgerkomitee «La Caravane de Solidarité». Auch «Colis du cœur», eine andere Hilfsorganisation, registriert in Genf eine massiv zunehmende Nachfrage nach kostenlosen Lebensmitteln. Sie verschickt Bedürftigen Einkaufsbons für die Migros. Seit Ausbruch der Corona-Krise steigt die Nachfrage um 1000 Gesuche pro Woche.

Haushaltshilfen entlassen

«Niemand steht drei Stunden im Regen, wenn er Hilfe nicht dringend nötig hat.» So kommentiert Marianne Halle von der Genfer Beratungsstelle «Centre de Contact Suisses-Immigrés» die Bilder vom Samstag. Halle kennt die Situation in Genf genau. Familien hätten ihre Haushaltshilfen oder Kinderbetreuerinnen schon vor Wochen auf die Strasse gestellt und damit in die Prekarität gezwungen. Am Samstag sei die ganze Misere für alle sichtbar geworden.

Nur ein Teil der Betroffenen sei im Übrigen ausweislos, sagt

Marianne Halle. Auch Leute mit Aufenthaltsbewilligungen hätten Angst, beim Staat Sozialhilfe zu beantragen. Sie befürchteten, dass der Kanton sie danach mit dem Entzug der Aufenthaltsbewilligung bestrafe. «Um das zu verhindern, litten Betroffene lieber an Hunger», sagt die Genferin. Die Kantonsregierung hat reagiert und klargestellt, dass wegen der Inanspruchnahme von Sozialhilfe während der Corona-Krise niemand seine Bewilligung verliert.

«Niemand steht drei Stunden im Regen, wenn er Hilfe nicht dringend nötig hat.»

Marianne Halle
Beraterin für Papierlose

Die Situation in Genf erstaunt Stefan Gribi von der Hilfsorganisation Caritas kaum. Caritas ist in 19 Kantonen präsent. «Zu Beginn des Lockdown gab es einen Ansturm auf unsere Lebensmittelläden», sagt Gribi. Die Not war so gross, dass als Soforthilfe Einkaufsbons abgegeben wurden. Der Absatz von Grundnahrungsmitteln wie Weissmehl, Pflanzenöl, Reis, Teigwaren und Milch hat um durchschnittlich 50 Prozent zugenommen.

Jetzt verteilt Caritas eine zweite Serie Lebensmittelgutscheine im Wert von 100'000 Franken – die erste war innert weniger Tage aufgebraucht. Parallel würden wöchentlich mehrere Hundert neue Einkaufskarten für den

Caritas-Markt ausgestellt, die bei der Hilfsorganisation oder bei Sozialämtern beantragt werden, sagt Gribi.

Darüber hinaus steige die Nachfrage nach Sozialberatungen und finanziellen Überbrückungshilfen, weil manche Wohnungs- und Geschäftsmieten und sonstige Rechnungen nicht mehr bezahlen könnten. Der Caritas-Sprecher sagt: «Gemäss dem Bundesamt für Statistik waren kurz vor Ausbruch der Corona-Krise 660'000 Menschen von Armut betroffen, 500'000 lebten nur knapp über der Armutsgrenze. Wir müssen damit rechnen, dass durch die Wirtschaftskrise immer mehr Leute in die Armut abrutschen»

Alarmsignale kommen auch aus der Deutschschweiz. Etwa von der kirchlichen Gassenarbeit in Bern: Gaben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor der Krise jeweils am Rande von Beratungen kleinere Mengen von Lebensmitteln ab, stehen die Bedürftigen jetzt zweimal in der Woche Schlange.

«Jeden Dienstag und jeden Donnerstag kommen zwischen 120 und 150 Menschen, die je einen prall gefüllten Sack voller Reis, Pasta, Gemüse und Früchte mitnehmen», sagt Mitarbeiterin Nora Hunziker. Die Menge der abgegebenen Lebensmittel habe sich sicher verzehnfacht.

Hunziker stellt fest, dass neu auch Personen das Angebot nutzten, die früher nicht darauf angewiesen waren, weil sie ein Einkommen hatten – «etwa Sexarbeiterinnen oder Strassenmusiker». Zudem merke man, dass gewisse Lokale schliessen mussten, die sonst ebenfalls kostenlose oder günstige Nahrungsmittel anbieten. «Deren

Kundschaft kommt nun ebenfalls zu uns.»

Dass sich die Zusammensetzung der Kundschaft verändert hat, stellt auch Andy Bensegger, der Leiter der Gassenküche in Basel, fest. Ältere Leute blieben der Gassenküche vermehrt fern, dafür machen nun auch hier einige Prostituierte vom Angebot Gebrauch. «Man merkt, dass die Infrastruktur im Rotlichtmilieu komplett zusammengebrochen ist. Wer vor der Grenzschliessung noch wegkonnte, ist gegangen – die anderen blieben ohne Einkommen zurück und kommen jetzt zu uns», so Bensegger.

Helfer geraten in Finanznöte

In Zürich hat die Heilsarmee mit dem Verein Netz 4 und der Beratungsstelle Chrischttehüslü zusammen ein Take-away-Angebot auf die Beine gestellt – seit dem 20. März geben sie kostenlose Mittagessen ab. «Am Anfang kochten wir 80 Portionen pro Tag – jetzt sind es schon 180», sagt Emmanuel Parvaresh-Glauser, der das Chrischttehüslü leitet.

Schon seit Platzspitz-Zeiten organisiert das Chrischttehüslü Angebote für Bedürftige – eine vergleichbare Nachfrage habe er aber noch nie erlebt, sagt Parvaresh-Glauser. Dies schlägt sich auch in den Finanzen der Beratungsstelle nieder: Betragen die Ausgaben normalerweise 30'000 Franken pro Monat, sind es nun über 50'000. «Wir wissen nicht, wie lange wir diese enormen Kosten noch stemmen können», sagt er. In einem Brief bittet er die Stadt Zürich um rasche finanzielle Unterstützung – denn je länger die Corona-Krise andauere, desto grösser werde der Druck für die Menschen am Rande der Gesellschaft.

Armut kann alle treffen

Menschen helfen Menschen Der 44. Schappo-Preis geht an den Treffpunkt Glaibasel.

«Jede siebte Person in unserem Land ist armutsgefährdet. Und mit der Armut kommt Einsamkeit. Armut ist jung und alt, Frauen sind stärker betroffen als Männer, aber Männer werden öfter obdachlos. Das Coronavirus hat die Lage der Menschen, die von Armut betroffen sind, verschärft. Deshalb freue ich mich besonders, dass der Treffpunkt Glaibasel mit seinen kostenlosen Angeboten den Schappo erhält.» Die Basler Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann sprach am Donnerstagabend im Rossstall der Kaserne vor einem maskierten Publikum – aus Sicherheitsgründen. Eigentlich hätte der Preis schon im Mai verliehen werden sollen. Doch Corona hat die Veranstaltung verschoben.

Der Verein, der den 44. Preis des Kantons Basel-Stadt für Engagement im Alltag erhalten hat, wirkt nun seit 44 Jahren. Dass die Zahlen übereinstimmen, sei «ein lustiger Zufall», sagt Daniel Brunner, Präsident der Schappo-Expertenkommission. Getragen wird der Treffpunkt Glaibasel von einem einfachen Gedanken: Menschen treffen Menschen, helfen ihnen, engagiert und unkompliziert. 23 Freiwillige, Frauen und Männer, wirken im Treffpunkt. Einige von ihnen bringen dabei ihre Fachkompetenzen ein, seien es juristische, kaufmännische, medizinische oder gastronomische. Andere helfen tatkräftig in allen Belangen und bringen zwei wichtige Qualitäten mit: Menschlichkeit und Zeit.

«Jede siebte Person in der Schweiz ist armutsgefährdet.»

Elisabeth Ackermann
Basler Regierungspräsidentin



Der Treffpunkt Glaibasel engagiert sich seit 44 Jahren für Menschen, die Unterstützung brauchen. Foto: Armin Roth

Die Institution betreibt einen kostenlosen Mittagstisch, der wegen Corona zum Take-away mutierte – und seit dem Lockdown mehr Menüs herausgibt als jemals zuvor. Gleichzeitig hilft sie Armutsbetroffenen in allen Lebenslagen.

Die Basler Nationalrätin Sibel Arslan unterstreicht in ihrer Rede die Bedeutung administrativer Hilfe: Leute, die kaum wüssten, wie sie ihren Alltag bewältigen sollen, müssten wegen ihrer Situation einer belastenden, stetig wachsenden Bürokratie standhalten. Die Arbeit des Treffpunkts würde «ziemlich präzise» auf die Missstände in unserer Gesellschaft hinweisen.

Wenige Organisationen, die auf unbezahltes Engagement bauen, überdauern Jahrzehnte. Oft entstehen sie aus einer momentanen Dynamik heraus, die einem Personenkreis entwächst; die Energie reicht für einige Jahre, und sie werden dann von den Lebensläufen weggespült. Nicht der Treffpunkt. Er hat es geschafft, stetig neue Generationen von Helferinnen und Helfern zu gewinnen – und es ist eine gemischte Schar, die sich hier einsetzt, sowohl altersmässig als auch von den Biografien her.

Viele wechseln die Seite

Das Schöne an der Sache ist, dass ehemalige Klienten und Klientinnen des Treffpunkts öfter einmal die Seite wechseln und sich der freiwilligen Arbeit widmen. Dies ist wahrlich eine besondere

Qualität, vor welcher der Kanton zu Recht den Hut zieht.

Das Innenleben des Angebots beschreibt Ursula Sigrist, die sich seit fünf Jahren im Treffpunkt engagiert, klipp und klar: «Mir ist besonders wichtig, dass alle Menschen vorbehaltlos mit Respekt und Würde willkommen geheissen werden – ohne Zwang und ohne Verpflichtungen.»

Der kulturelle Teil des Anlasses wurde gemäss den Wünschen des Treffpunkts gestaltet. Das Duo Miris aus Winterthur, das aus der Saxofonistin Franziska Heusser und dem Sänger und Tastenmann Orhan Ajvazovic besteht, musiziert an der Grenze zwischen Balkan-Sound und Jazz: Musik, die zu Herzen geht, seelenvoll, mit viel Swing und hoher Musikalität, fröhliche, melancholische, tieftraurige Lieder und Balladen, vorgetragen von einer umwerfenden Stimme, die stets im Dialog mit einem kraftvoll swingenden, melodienstarken Saxofon steht.

Der Virtuose Awdil Shakar kennt den Treffpunkt aus eigener Erfahrung, er spielte eine siebensaitige Bassgitarre – ohne Bünde, aber mit einem Tonabnehmer ausgestattet. Sein Solobeitrag war geprägt von entrückter Schwerelosigkeit, die sich auf einem Boden aus unglaublich solider Technik entfaltet. Die Leute vom Treffpunkt sind also nicht nur engagiert, sie haben auch einen guten Musikgeschmack.

Christian Platz

Wie man als Obdachloser überlebt

Soziale Not Benno Frickers Jugend verlief in normalen Bahnen. Dann verlor er Job und Wohnung. Er erzählt, wie er vier Jahre lang im Freien schlief – im Solitude-Park und unter Brücken, mitten in Basel.

Martin Furrer

«Hier», sagt Benno Fricker und zeigt auf eine Stelle am Boden, «hier habe ich jeweils geschlafen.» Ein ironisches Lächeln huscht über sein Gesicht: «Dieser Ort war sozusagen mein Schlafzimmer.» Das Schlafzimmer hatte weder Heizung noch Bett, weder Matratze noch Nachttischchen.

Fricker, bis vor einem Jahr obdachlos, pflegte jahrelang unter einer grossen, alten Tanne mitten im Solitude-Park zu nächtigen. Wenn er den Kopf aus seinem Schlafsack streckte, sah er nur 200 Meter entfernt die Lichter der Roche-Hochhäuser. Sie wuchsen nach oben, in den Himmel, während Fricker in seinem Leben ganz unten angekommen war.

Nichts deutete zunächst darauf hin, dass es je so weit kommen würde. Der heute 54-Jährige wuchs im Baselbiet auf, machte die Matur, absolvierte die Rekrutenschule und begann an der Uni Basel ein Studium in Deutsch, Englisch und Geschichte. «Ich merkte dann schnell, dass das nichts für mich war. Darum machte ich eine Lehre als Landmaschinenmechaniker.»

Habseligkeiten im Rucksack

Als die Firma Konkurs anmelden musste, wurde Fricker zum ersten Mal arbeitslos. Später reihte sich Temporärjob an Temporärjob. Einige seiner Arbeitgeber strukturierten um, bauten ab, entliessen Personal. Fricker stand immer wieder auf der Strasse. Der Lohn reichte nicht mehr für die Miete. Sein Logis wurde zwangsgeräumt. Fricker kämpfte mit dem Betreibungs-



An diesem Plätzchen im Solitude-Park verbrachte Benno Fricker zahlreiche Nächte. Foto: Nicole Pont

amt. Dem Arbeitsamt. Dem Sozialamt. «Irgendwann», sagt er, «hatte ich die Nase voll.»

Er entschied sich für ein Leben auf der Strasse. Seine Habseligkeiten fanden in einem Rucksack Platz. 2015 schlief er zum ersten Mal im Freien. «Es war September und die Nächte noch nicht so kalt.» Vier Jahre lang lebte er fortan unter Bäumen und Brücken.

Heute hat Fricker wieder ein Dach über dem Kopf. Er bewohnt ein Zimmer, bezieht Sozialhilfe und ist Stadtführer für den Ver-

ein Surprise. Die Institution bietet neu die Stadttour «Obdachlos in Basel» an. Der soziale Stadtrundgang soll Teilnehmern einen realistischen Einblick in den Alltag Obdachloser bieten und sie motivieren, eine «verständnisvollere Sicht auf Menschen in schwierigen Lebenslagen» aufzubringen.

Bier und Science-Fiction

An diesem Dezembertag steht Fricker da, eingehüllt in einen schwarzen Kapuzenpulli, darüber eine dicke rote Windja-

cke. Er zündet sich eine Zigarette an und bläst den Rauch in die Kälte. «Im Freien zu übernachten, war nicht so schlimm», sagt er, «der Boden im Solitude-Park ist weicher als der Asphalt unter der Schwarzwaldbrücke, wo ich mich aufgehalten habe, wenn es zu stark regnete. Im Winter habe ich zwei Schlafsäcke verwendet. Kalt war mir eigentlich nie wirklich.» Hundebesitzer und Kinder schauten zwar etwas erschrocken, wenn sie ihn da am Morgen im Gebüsch liegen sahen. Aber sie liessen ihn ebenso in

Ruhe wie die Polizei. Jetzt führt mich Fricker zum Kinderspielplatz am Eingang des Parks. Er lacht wieder schelmisch: «Das war für mich das Wohnzimmer.» Abends sass er dort auf der Bank, trank ein Bier und liess sich beim Lesen dicker Science-Fiction-Romane in eine Welt entführen, in der im Gegensatz zum echten Leben noch Wunder möglich sind.

Die öffentliche Toilette nebenan benutzte er, um sich zu waschen und die Zähne zu putzen. «Es war mein Badezimmer, mit warmem Wasser und einem elektronischen Händetrockner, den ich auch als Föhn benutzen konnte.»

Das alles ist jetzt ebenso Vergangenheit wie damals der tägliche Parcours durch die Stadt zu den teilweise weit auseinanderliegenden sozialen Institutionen. Es sind düstere Erinnerungen – auch an jene Nacht, damals, unter der Schwarzwaldbrücke. Fricker war eingeschlafen, als er plötzlich geweckt wurde. Ein anderer Obdachloser hatte sich neben ihn gelegt. Der Mann röchelte. Fricker sah, dass etwas nicht gut war. Er rief die Sanität. Die konnte nichts mehr für den Mann tun. Er war tot. Fricker hat überlebt – als einer von 50 Menschen, die in Basel permanent im Freien übernachten.

Sozialer Stadtrundgang «Obdachlos in Basel», Verein Surprise. Für Gruppen täglich, für Einzelpersonen am Freitag, 11.12., 18.12., 29.1., 12.2., 26.3. Start: Solitude-Park, beim Spielplatz. Anmeldung und weitere Infos: www.surprise.ngo/stadtrundgangs oder unter Telefon: 061 564 90 40

Basel Stadt Land Region

«Sollen wir Leute, die «selber schuld» sind, verhungern lassen?»

Zank um Sozialhilfe Gibt es tatsächlich zu wenig bezahlbaren Wohnraum für ältere Sozialhilfebezüger? Und sticht die Basler Sozialhilfe im Umgang mit den Auszahlungen für die Miete wirklich negativ hervor? SKOS-Präsident Christoph Eymann nimmt Stellung.

Dina Sambar

Der Fall, über den die BaZ am Donnerstag berichtete, polarisiert: Der 60-jährige Werner Meyer (Name geändert) war einst wohlhabend und ist in die Armut abgerutscht. Seine Einzimmerwohnung kostet 850 Franken. Nach sechs Monaten Übergangsfrist bezahlt ihm die Sozialhilfe aber nur noch 770 Franken (Mietobergrenze ohne Nebenkosten).

Werner Meyer beteuert, dass er unzählige Wohnungen besichtigt, jedoch keine einzige erhalten habe. Mit dem Geld, das ihm nach dem Abzug der 80 Franken noch bleibe, könne er nicht mehr leben, sondern nur noch überleben. Laut dem Verband Avenir50plus Schweiz finden immer mehr ältere Sozialhilfebezüger keinen bezahlbaren Wohnraum. Dass die Basler Sozialhilfe die Miete, wie im Fall von Meyer, nicht weiterbezahlt, sei stossend: «Das Basler Sozialhilfegesetz hebt so sogar die Empfehlungen der SKOS aus.» Die Sozialhilfe wehrte sich in der BaZ gegen diesen Vorwurf.

Der Basler LDP-Nationalrat Christoph Eymann ist Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS). Laut ihm ist der BaZ-Artikel Grund, dass die «Wohnproblematik» auf der Traktandenliste der SKOS bleibt.



Der Basler Christoph Eymann ist der Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS). Foto: Dominik Plüss

Herr Eymann, der Verband Avenir50plus sagt, die baselstädtische Sozialhilfe halte sich nicht an die SKOS-Empfehlung. Die Sozialhilfe bestreitet das. Was sagen Sie als SKOS-Präsident, wer hat recht? Christoph Eymann:

Der umstrittene Punkt wird im Artikel der BaZ angesprochen: Wie stellt man fest, ob der Sozialhilfebezüger sich bemüht, eine günstige Wohnung zu suchen? Wenn jemand von Anfang an bekannt gibt, dass er nicht gewillt ist, umzuziehen, ist eine Kürzung nach SKOS-Richtlinien gerechtfertigt. Dasselbe gilt, wenn sich jemand zu wenig bemüht. Dort, wo ausreichende Bemühungen nachge-

wiesen werden können, sollte auf Kürzungen verzichtet werden.

Und, hält sich Basel an diese Richtlinien?

Generell ist Basel-Stadt vorbildlich. Der Leiter der Sozialhilfe Basel-Stadt hat jedoch signalisiert, dass dieser Punkt in Zukunft besser abgeklärt werden soll. Es geht wahrscheinlich darum, sicherzustellen, dass alle Bezüger die genauen Kriterien kennen, die erfüllt werden müssen, damit die höhere Miete länger übernommen wird.

In Basel ist die Mietobergrenze 770 Franken. Laut Avenir50plus liegt sie in Zürich bei 1200, in Liestal bei 850 und in Biel bei 650 Franken. Wo liegt Basel im

Vergleich, und sind 770 Franken für eine Stadt, die sich sozial nennt, gerechtfertigt?

Es gibt keine Statistik, die einen Vergleich zulässt. Was Basel-Stadt angeht: In den SKOS-Richtlinien steht: Die erlassenen Mietzinsrichtlinien müssen fachlich begründet sein und sich auf Daten des lokalen und aktuellen Wohnungsangebotes abstützen. Basel-Stadt macht das. Was günstiger Wohnraum ist, hängt vom lokalen Wohnungsmarkt ab. Eine Limite von 770 Franken ist dann angebracht, wenn entsprechender Wohnraum zur Verfügung steht.

Avenir50plus schlägt Alarm und sagt, es gebe nicht genügend bezahlbaren

Wohnraum für ältere Sozialhilfeempfänger.

Es ist in der Tat schwierig, als Sozialhilfebezüger eine Wohnung zu finden. Davon sind Ältere betroffen, aber auch Alleinerziehende und Familien. Das ist an vielen Orten so, nicht nur in Basel. Es gibt Vorurteile vonseiten der Vermieter, und die Tatsache, dass viele Personen in der Sozialhilfe Schulden haben, senkt die Chancen.

Was kann man dagegen tun?

Lösungen sehe ich auf drei Ebenen: Erstens können die Sozialdienste bei der Wohnungssuche unterstützen, zum Beispiel mit Mietzinsgarantien gegenüber den Vermietern. Zweitens braucht es Offenheit der Vermieter gegen-

über Sozialhilfebeziehenden, Verwaltungen können beispielsweise bewusst einen Teil ihrer Wohnungen an Sozialhilfebeziehende vermieten, so verhindern wir stigmatisierte Wohnhäuser oder Quartiere. Und drittens braucht es genügend erschwingliche Wohnungen, diese können Private, Pensionskassen oder der Staat anbieten.

Stimmt es, dass viele Gemeinden ihre Mietobergrenze extra tief halten, um Sozialhilfebezüger fernzuhalten?

Mir ist das Phänomen bekannt, doch ich habe keine Statistik dazu. Natürlich geht es nicht, die Obergrenzen so tief anzusetzen, dass sich keine Wohnung finden

lässt. Das widerspricht den SKOS-Richtlinien. Allerdings ist es zufällig, wie stark das Sozialbudget einer Gemeinde durch Sozialhilfe belastet wird. Wenn in einer Gemeinde mehrere solcher Familien leben, kann es ein Budget übel verhalten. Es ist ein schmaler Grat.

Der Verband Avenir50plus fordert eine Vereinheitlichung der Mietzinsobergrenze. Wäre das eine Lösung gegen das Mietgrenzen-Dumping?

Nein, die Unterschiede auf dem Wohnungsmarkt variieren sehr stark von Gemeinde zu Gemeinde. Generelle Limiten würden bei den Sozialhilfebezüger zwangsläufig zu Gewinnern in kostengünstigen und Verlierern in teuren Gemeinden führen. Zudem wird bei nationalen Regelungen meist nicht die bestmögliche Variante für die Betroffenen angewendet, sondern eine Lösung im unteren Bereich. Sinnvoll wäre ein innerkantonaler Finanzausgleich, wie ihn gewisse Kantone bereits kennen.

Sie sagen, die Problematik spitzt sich zu.

Wir befürchten, dass sich die Finanzproblematik verschärft, wenn nicht mehr der Bund, sondern die Kantone und Gemeinden für vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge aufkommen müssen, die nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden konnten. Hinzu kommen jene, die aufgrund von Corona ihre Arbeit verloren haben und in zwei Jahren ausgesteuert werden.

Ein heikles Thema.

Diese Diskussion darf nicht in schrillen Tönen geführt werden, sondern sachlich. Hier sehe ich eine meiner Aufgaben darin, die Sozialhilfe zu verteidigen. Es spielt beispielsweise keine Rolle, ob jemand verschuldet oder unverschuldet in die Sozialhilfe abrutscht. Wir haben einen Verfassungsauftrag. Was wäre die Folge dieser falschen Denkweise? Sollen wir Leute, die «selber schuld» sind, verhungern lassen?

Basel Stadt Land Region

So sollen die Bettler in der Basler Notschlafstelle übernachten

Schutz vor Erfrieren Ab wann können die Bettler in der Unterkunft übernachten? Wer übernimmt die Kosten? Weshalb können die Bettler nicht mit den hiesigen Obdachlosen untergebracht werden? Die BaZ beantwortet die neun wichtigsten Fragen zum Thema.

Dina Sambar

Die Regierung will sicherstellen, dass bei diesen tiefen Temperaturen niemand draussen schlafen muss – auch nicht die Menschen aus Osteuropa, die seit diesem Sommer in Basel betteln. Dafür hat der Regierungsrat letzte Woche 250'780 Franken gesprochen. Die BaZ beantwortet die neun wichtigsten Fragen zum Thema.

— Ab wann können die Bettler in der Notschlafstelle übernachten?

Die Notschlafstelle an der Alemannengasse wird derzeit geräumt. Am Donnerstag zogen alle Männer in ein Hotel oder in ein getrennt zugängliches Stockwerk der Frauennotschlafstelle um. Ab Montag dürfen die osteuropäischen Bettler an der Alemannengasse übernachten.

— Weshalb müssen die hiesigen und die osteuropäischen Obdachlosen getrennt untergebracht werden?

«Andere Organisationen der Obdachlosenhilfe hatten diesen Winter mit den Bettlerinnen und Bettlern Probleme, weil sich diese nicht an die Regelungen hielten, und es kam dabei auch zu Konflikten mit den hiesigen Obdachlosen», sagt Ruedi Illes, Leiter der Sozialhilfe Basel-Stadt. Erst mit dem Einsatz einer Dolmetscherin und klarer Kommunikation der Abläufe habe sich die Situation gebessert: «Aus diesem Grund planen wir von Anfang an den Einsatz einer Person, die übersetzt, und die Anwesenheit eines Securitas-Mitarbeiters. Als Arbeitgeber sind wir auch für die Sicherheit unserer Mitarbeitenden verantwortlich», so Illes.

— Wie erfahren die Bettler von dem Angebot?



Bettler sollen im Winter nicht mehr draussen schlafen müssen, findet die Regierung. Foto: Dominik Plüss

Momentan sind Mitarbeiter des Vereins für Gassenarbeit Schwarzler Peter mit einer Übersetzerin unterwegs, um die Bettler über diese Übernachtungsmöglichkeit sowie die dazugehörigen Rahmenbedingungen zu informieren.

— Wie viel kostet eine Übernachtung?

Die Übernachtung kostet 40 Franken. Das ist derselbe Betrag, den auch andere auswärtige Personen bezahlen müssen. Falls die Bettler diesen Betrag nicht aufbringen können, zahlt die Sozialhilfe.

«Mit dieser Regelung können wir eine Ungleichbehandlung gegenüber anderen auswärtigen Personen vermeiden, und zuweisende Organisationen, wie beispielsweise die Gassenküche, die Heilsarmee oder Soup & Chill, müssen selber keine Kostengutsprache leisten», sagt Illes.

— Wie wird überprüft, ob ein Bettler die Übernachtung nicht selber bezahlen kann?

Bei der Frage, ob jemand in der Lage ist, die Übernachtungskosten zu tragen, werde man prag-

matisch vorgehen, sagt Ruedi Illes: «Wir werden keine aufwendige Prüfung vornehmen, sondern auf die Aussage der Personen abstellen.» Wenn sie die Übernachtungskosten nicht zahlen können, wird eine Kostengutsprache für vorerst maximal zwei Wochen gesprochen.

«Falls sie zurück in ihre Heimat wollen, können sie sich beim Migrationsamt melden. Dort würde man sie dabei unterstützen», sagt Illes. Allerdings gehe er davon aus, dass die Bettler dies nicht tun werden. Darum gehe es

aber nicht: «Es geht darum, dass sie bei sehr niedrigen Temperaturen nicht draussen übernachten müssen», so Illes.

— Müssen sich die Bettler registrieren lassen, um in der Notschlafstelle übernachten zu können?

Bei der ersten Übernachtung werden, wie bei allen Personen, welche die Nacht in der Notschlafstelle verbringen, die Personalien aufgenommen und an das Justiz- und Sicherheitsdepartement weitergeleitet: «Wir

müssen wissen, wer bei uns übernachtet. Das ist nicht nur wegen Corona wichtig, sondern auch, falls es zu Straftaten kommen sollte», sagt Ruedi Illes.

— Wird das Angebot überhaupt genutzt werden, wenn die Bettler ihre Personalien weitergeben lassen müssen?

Das ist schwer abschätzbar. Es kann sein, dass dies Einzelne davon abhält, vom Angebot Gebrauch zu machen.

— Wie viele Menschen können dort übernachten?

Wenn aufgrund von Vorgaben des Bundesamtes für Gesundheit Abstandsregeln eingehalten werden müssen, können 36 Betten zur Verfügung gestellt werden. «Wir gehen aber davon aus, dass es sich um Familien und Clans handelt, die in einem Zimmer untergebracht werden können. Frauen und Männer werden innerhalb der gleichen Familie oder des gleichen Clans zusammen untergebracht», sagt Illes. Somit würde sich die Zahl der Plätze verdoppeln.

— Wie sieht der Tagesablauf in der Notschlafstelle aus?

Eine Neuanmeldung ist nur zwischen 20 und 22 Uhr möglich. Dann wird ein Übersetzer vor Ort sein und Neuankommlinge detailliert über den Ablauf und die Hausordnung informieren. Ansonsten sind die Türen bis 24 Uhr offen. Am Morgen müssen alle jeweils bis 8 Uhr (am Sonntag 9 Uhr) die Notschlafstelle verlassen. Tagsüber gibt es keinen Zugang zu den Zimmern. «Das Gepäck kann tagsüber in den Zimmern gelassen werden. Diese können aber nicht abgeschlossen werden, und wir übernehmen keine Haftung für die deponierten Gegenstände», sagt Ruedi Illes.

Region

Abgewiesene Asylsuchende sollen Wohnung erhalten

Notschlafstelle sei «unwürdig» Sie müssten eigentlich Basel verlassen. Nun will der Grosse Rat aber, dass familienlose Asylsuchende mit einem negativen Entscheid künftig, statt in der Notschlafstelle übernachten zu müssen, ein komfortableres Daheim erhalten.

Sie packen ihre Sachen, viel ist es in der Regel nicht, und verlassen am Morgen die Notschlafstelle, in der sie übernachtet haben. Irgendwo verbringen sie ihren Tag, oft auf der Strasse. Abends packen sie wieder ihre Habseligkeiten zusammen und kehren zurück in die Notschlafstelle. Einpacken, auspacken, gehen – tagein, tagaus. So ergeht es in Basel den alleinstehenden Asylsuchenden mit einem negativen Asylentscheid. Sie leben von der Nothilfe; von zwölf Franken pro Tag.

Eine unwürdige Situation, findet Basta-Politiker Oliver Bolliger und fordert die Basler Regierung in einem Vorstoss auf, die geltende Praxis der Unterbringung für alleinstehende abgewiesene Asylsuchende mit Nothilfe in den Notschlafstellen aufzuheben und alternative

Lösungen zu suchen, die den Aufenthalt tagsüber ermöglichen, zum Beispiel in Asylwohnungen, Asyl-Wohngruppen oder auch in Privathaushalten.

Bürgerliche dagegen

Die Mehrheit des Basler Grossen Rates teilt Bolligers Anliegen und hat am Mittwoch seine Motion der Regierung zur Stellungnahme überwiesen. Diese hatte sich ohnehin bereit erklärt, den Vorstoss entgegenzunehmen. SVP, FDP und LDP sprachen sich dagegen aus; die Grünliberalen waren gespalten. «Wenn man die Situation in der Notschlafstelle verbessern kann, dann wehren wir uns nicht dagegen», sagte Pascal Messerli (SVP). Aber Alternativen zu suchen zur jetzigen Lösung, sei die falsche Stossrichtung, zumal diese Menschen eigentlich das Land verlassen müssten.

Die Zahl der Asylsuchenden mit negativem Asylentscheid, die in Basel-Stadt leben, ist nicht bekannt, wie es vom Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) auf Anfrage heisst. Es liessen sich nur diejenigen ausweisen, die Nothilfe bezögen. Ende Januar waren es 121 Personen, davon 21 Kinder und ein unbegleiteter Minderjähriger (UMA). 66 Personen sind wegen Vulnerabilität in Strukturen der Sozialhilfe untergebracht; dazu gehören Erwachsene mit Kindern, UMA und kranke oder gebrechliche Menschen. 16 Personen haben in der Notschlafstelle übernachtet. Von 39 Personen ist hingegen nicht bekannt, wo sie untergebracht sind.

Bolliger wies während der Grossratsdebatte auf die aktuelle Corona-Pandemie hin, die die Situation der Asylsuchenden



Fordert alternative Lösungen:
Oliver Bolliger. Foto: Florian Bärtschiger

tagsüber zusätzlich erschwere, weil alle öffentlichen Einrichtungen geschlossen seien. Und dass sich diese Menschen bei teilweise eisigen Temperaturen draussen aufhalten müssten, sei auch aus gesundheitspolitischen Gründen verantwortungslos.

Notschlafstellen seien sichere Schlafort für Obdachlose; zu

ihnen gehörten auch nicht vulnerable, abgewiesene Asylsuchende in Nothilfe, schreibt das WSU. Zudem stünden ihnen tagsüber verschiedene Angebote offen, wo sie sich aufhalten könnten, wie zum Beispiel die Gassenküche, das Tageshaus für Obdachlose an der Wallstrasse, Soup&Chill oder Quartiertreffpunkte. «Es kommt vor, dass sich Betroffene beschwerten, sei es über das Verhalten anderer Gäste oder über die Kälte tagsüber draussen. Die meisten sind aber froh über das Angebot und halten sich an die Hausordnung.»

Das WSU stellt ausserdem klar, dass abgewiesene Asylsuchende die Schweiz verlassen müssten. Sie hätten keinen geregelten Aufenthalt mehr und könnten nur noch Nothilfe beantragen. Diese solle sich spürbar von der ordentlichen Sozialhilfe unterscheiden,

da von Betroffenen erwartet werde, dass sie ausreisen. Für Personen, die keine Rückreisepapiere ihrer Heimatstaaten bekommen und in der Nothilfe blockiert bleiben, müsse der Bund seine Entscheidungspraxis konsequent anpassen und bei absehbar nicht möglichem Wegweisungsvollzug die Betroffenen wegen technischer Unmöglichkeit vorläufig aufnehmen.

Die Basler Regierung hat unlängst beschlossen, die Notschlafstelle an der Kleinbasler Alemannengasse komplett für die osteuropäischen Bettler freizuräumen. Für die einheimischen Obdachlosen stellen Basler Hotels Zimmer zur Verfügung. Das Angebot gilt gemäss dem WSU auch für abgewiesene alleinstehende Asylsuchende.

Alessandra Paone

Region

Wer hat Anrecht auf Gratisessen bei Soup & Chill?

Konflikt eskaliert Die CMS und die GGG steigen als Geldgeber bei der sozialen Institution Soup & Chill aus. Auch die kantonale Subvention wird kaum erneuert. Grund dafür ist die Frage, wer die Wärmestube überhaupt nutzen darf. Was steckt dahinter?

Dina Sambar

Jeden Abend bietet Soup & Chill randständigen Menschen eine warme Mahlzeit und einen Ort zum Verweilen. Der Kanton Basel-Stadt, die GGG und die CMS unterstützten die soziale Institution bisher in den Wintermonaten. Doch nun ist es zu einem grossen Knall gekommen. Die beiden Stiftungen streichen ihre jährlichen Beiträge von 50'000 respektive 34'000 Franken. Auch die Subvention des Kantons wird kaum erneuert. Was ist geschehen?

Einer der Hauptgründe für das Zerwürfnis ist die Klientel, die das Soup-&-Chill-Angebot nutzen. Wer hat Anrecht auf eines der Gratis-Abendessen? Der Kanton fordert, dass sich das Angebot auf die randständigen Menschen beschränke, die sich rund um den Bahnhof SBB aufhalten. Ihnen soll in den Wintermonaten ein warmer Ort zur Verfügung gestellt werden. Doch im Soup & Chill gehen Randständige aus der ganzen Stadt, aus dem Baselbiet und mittlerweile auch rumänische Bettler ein und aus. «Dies führt dazu, dass nicht in erster Linie die beabsichtigte

Zielgruppe erreicht wird, sondern eine breite Sogwirkung entsteht», schreiben CMS und GGG.

Früher kamen 90, seit Corona 120 Personen

«Was ist eine falsche Zielgruppe? Noch dazu in Zeiten von Corona?», fragt Soup-&-Chill-Präsidentin Claudia Adrario de Roche – und gibt die Antwort: «Das ist doch jeder, der in Not gerät. Den Leuten, die zu uns kommen, geht es schlecht. Das sieht man. Das sind keine Sozial-schmarotzer.»

Corona habe viele Menschen aus dem unteren Mittelstand an oder unter die Armutsgrenze gebracht. Kamen an einem Wochentag im Schnitt 90 Personen ins Soup & Chill, erhöhte sich die Zahl während Corona auf 120. «Ich bin froh, dass diese Leute zu uns kommen. Es macht viel mehr Sinn, ihnen mit Nahrungsmitteln zu helfen, als sie in die Sozialhilfe zu stopfen, aus der sie auch nach Corona kaum mehr herauskommen», sagt Claudia Adrario de Roche. Zu den Bedürftigen gehören für sie auch die rumänischen Bettler: «Diese Menschen haben nicht wir nach Basel geholt. Wenn wir ihnen

«Den Leuten, die zu uns kommen, geht es schlecht. Das sieht man. Das sind keine Schmarotzer.»

Claudia Adrario de Roche
Präsidentin Soup & Chill

nichts zu essen geben, betteln sie noch mehr. Wir werden hier für etwas verantwortlich gemacht, das wir nicht angezettelt haben.»

Für Dieter Erb, Geschäftsführer GGG Basel, hat Soup & Chill eine Dimension angenommen, die so mit der GGG nie abgesprochen worden sei. «Wir würden niemals sagen, dass es sich bei

den Leuten um Sozial-schmarotzer handelt. Doch wenn man keine Ahnung hat, für wen und unter welchen Bedingungen unsere Beiträge verwendet werden, ist es schwierig zu wissen, ob die Hilfe bei den richtigen Personen ankommt.»

Ähnliches sagt Ruedi Illes, Leiter der Sozialhilfe Basel-Stadt: «Es war nie die Absicht des Kantons, eine zweite Gassenküche oder ein «Wohnzimmer» für Basel und Umgebung zu finanzieren. Das Angebot von Soup & Chill wurde beispielsweise mit Gratisessen, Gratskleidern, Gratschlafsäcken fortlaufend ausgebaut – und zwar für alle Personen, die kommen, unabhängig von ihrer persönlichen Situation und ihrem Wohnort.» Schwierig findet er die Aussage, dass Soup&Chill so Menschen vor der Sozialhilfe bewahre: «Bei frühzeitiger professioneller Intervention der Sozialhilfe können Probleme oft einfacher und schneller gelöst werden, als wenn damit zugewartet und die Situation komplexer wird.»

Laut Claudia Adrario de Roche waren die Ausweitungen jedoch schlicht notwendig: «Eine Gassenküche, die am Wochen-

ende oder zwischen Weihnachten und Neujahr schliesst, das geht doch nicht! Wir stopfen nur die Löcher.»

Soup & Chill will keine Beweise einfordern

Hinter den Kulissen brodelt es zwischen den drei Geldgebern und Soup & Chill schon lange. Deshalb wurde eine externe Betriebsanalyse in Auftrag gegeben. Fazit: Der Tagesbetrieb der Wärmestube funktioniert gut, doch strukturell sei einiges verbesserungswürdig. Laut Claudia Adrario de Roche wurde dies inzwischen bereinigt.

Das sehen Kanton und die beiden Stiftungen anders. Der Kanton verlangt für weitere Subventionen unter anderem ein klares Betriebskonzept, in dem Angebot und Zielgruppen präzisiert werden, und einen realistischen Finanzplan. «Schliesslich haben wir zur Bedingung gemacht, dass der Zutritt zum Angebot reguliert und für die Essensausgabe ein minimaler Unkostenbeitrag verlangt wird, wie dies in anderen Institutionen auch der Fall ist», sagt Illes.

Claudia Adrario de Roche erachtet es als eine Demütigung,

von den Gästen Beweise zu verlangen, dass sie aktuell «bedürftig genug» sind. Überhaupt bezahle der Kanton zu wenig, um sich so stark ins operative Geschäft einzumischen. Von den 350'000 Franken, die der Betrieb in den Wintermonaten kostete, habe der Kanton jeweils 50'000 beigesteuert: «60 Prozent unserer Gäste sind aus Basel. Der Kanton, aber auch die CMS und die GGG haben somit nicht einen Teller Suppe an einen Nicht-Basel-Städter bezahlt», so die Soup-&-Chill-Gründerin.

Ruedi Illes rechnet nicht damit, dass Soup & Chill auf die Forderungen des Kantons eingeht. «Aufgrund der bisherigen Erfahrungen müssen wir damit rechnen, dass unsere Vorstellungen und diejenige von Soup & Chill weiterhin weit auseinandergehen.» Der Kanton suche nun nach alternativen Möglichkeiten für ein neues Angebot.

Claudia Adrario de Roche hat tatsächlich nicht vor, einen neuen Budgetvorschlag einzureichen. «Wir werden den Weg der Freiheit wählen.» Der Sommerbetrieb sei gewährleistet. Für den Winter hoffe sie auf andere Geldgeber.



Bis sich Dustin Peter (22) einen Kleiderschrank besorgen kann, verstaut er seine Kleider in Koffern.

Bild: Kenneth Nars (24. März 2021)

«Ich hatte das Vertrauen verloren»

Nach zwei Jahren Obdachlosigkeit krepelt Dustin Peter sein Leben um. Kürzlich zog er in seine erste Wohnung ein.

Aimee Baumgartner

Den Begriff «Zuhause» musste Dustin Peter immer wieder neu definieren. Der 22-Jährige wuchs bei den Eltern auf, kam in Heime und wurde schliesslich von einem Tag auf den anderen obdachlos. Man würde es ihm heute, nur wenige Monate danach, nicht anmerken. Er ist gepflegt und er hat eine eigene Wohnung.

Als Kind war Dustin Peter schwer erziehbar. Er konnte nicht still sitzen, war ständig unter Strom. Die Ärzte stellten die Diagnose Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörung (ADHS). Als Dreijähriger erhielt er die erste Dosis Ritalin – ein Medikament, das er die nächsten zehn Jahre seines Lebens einnehmen musste und das bei ihm aufgrund der aufgetretenen Nebenwirkungen bis heute Angst vor Medikamenten auslöse, wie er sagt.

Tagesheim, Psychiatrie, Schulheim und Waisenhaus

Doch auch mit Ritalin war der Basler zu anstrengend für seine Eltern, und sie gaben ihn im Alter von vier Jahren ins Heim. Tagesheim, Kinderpsychiatrie, Schulheim und letztlich Waisenhaus. Alles Orte, die einst das Zuhause von Dustin Peter waren.

Als Peter die Volljährigkeit erreichte, stellte sein Vater die Zahlungen als Beistand ein. «Ich wurde von einem Tag auf den anderen obdachlos. Darauf hat mich niemand vorbereitet», erinnert sich Dustin Peter. Er bekam Unterstützung von der Wohnhilfe und dem Sozialamt. Durch sein ADHS war er ständig

«Die Sorge, ob du überhaupt einen Platz zum Schlafen hast, erdrückt dich.»

Dustin Peter
Ehemaliger Obdachloser

angespannt und wurde schnell aggressiv. Dies führte dazu, dass er sich mit seiner damaligen Sozialbetreuerin zerstritt. Er sei durch die Maschen gefallen, sagt er heute, ohne dabei je strafällig geworden zu sein.

Da er keine Wohnanschrift hatte, konnte er seine Post beim Verein für Gassenarbeit abholen. «Die ständige Sorge, ob du am Abend überhaupt einen Platz zum Schlafen findest, erdrückt dich», sagt Peter. Glücklicherweise habe er nie auf der Strasse übernachten müssen. Seine Freunde stellten ihm abwechselungsweise ein Bett oder das Sofa zur Verfügung.

Privatsphäre oder einen Rückzugsort hatte er dadurch nicht. «Wenn mein Gastgeber bis um 3 Uhr in der Früh wach bleiben wollte, um im Wohnzimmer fernzusehen, musste ich das gezwungenermassen auch.» Die Nächte waren kurz. Um 6 Uhr klingelte jeweils der Wecker. Trotz der Obdachlosigkeit konnte er während anderthalb Jahren ein Praktikum in einem

Fitnesscenter absolvieren. Mit einer anschliessenden Lehrstelle klappte es jedoch nicht.

Der Sport wurde für Dustin Peter zum Ventil, beim Joggen und Gewichtestemmen kann er seine überschüssige Energie abbauen und sich trotz seiner Hyperaktivitätsstörung auf eine Tätigkeit fokussieren. «Das Training hat mir dabei geholfen, Selbstvertrauen aufzubauen. Mir wurde jahrelang gesagt, dass ich nutzlos sei, eine Enttäuschung, ein hoffnungsloser Fall.» Auch seine Mutter habe ihm das mehrfach gesagt. Dies führte dazu, dass er das Vertrauen in sich selbst zwischenzeitlich verloren habe. Den Kontakt zur Mutter brach er ab.

Vertrauen fällt ihm bis heute schwer

Zu oft sei er von anderen enttäuscht oder ausgenutzt worden. Auf andere reagierte der damals Obdachlose deshalb meist kalt und abweisend. Diese Erfahrung machte auch sein heutiger Betreuer Andreas Hasel. Der Sozialpädagoge lernte Peter zufälligerweise kennen, als dieser im Fitnesscenter am Fensterputzen war. Hasel bemerkte eine Verletzung an dessen Schulter. Darauf angesprochen habe der junge Mann abweisend reagiert, erinnert sich Andreas Hasel.

Drei Wochen hat es gedauert, bis er wegen seiner Verletzung zum Arzt ging. Seine Erinnerungen ans Ritalin hinderten ihn daran, ein Schmerzmittel einzunehmen. «Es ist beängstigend, was dieses Medikament mit einem anstellt. Du bist wie betäubt. Die Welt dreht sich weiter, während du stillstehst.» Doch Dustin Peter merkte, dass

er sich mit dem Schmerzmittel besser fühlte. Das Vertrauen in den Sozialpädagogen stieg. Eine Hilfe dabei war dessen Therapiehündin Illi, zu der Peter schnell eine Beziehung aufbauen konnte.

Binnen der nächsten Monate wurde sein Leben auf den Kopf gestellt. Andreas Hasel begleitete ihn zu Terminen auf dem Sozialamt und verschaffte ihm den Kontakt zum Projekt «Housing First» (siehe Box). «Zuvor habe ich über 200 Bewerbungen für Wohnungen geschrieben, doch keiner wollte mir eine Chance geben», so Peter.

Seit Mitte Januar hat er nun ein eigenes Zuhause. Eineinhalb Zimmer im Basler Hirzbrunnen-Quartier. Die 700 Franken Miete für die Genossenschaftswohnung übernimmt das Sozialamt. Von der sonnigen Terrasse hat Dustin Peter eine direkte Aussicht auf die Roche-Türme. Ob er das vor kurzem für möglich

gehalten hat? «Niemals», sagt Dustin Peter, «von so einer Chance konnte ich nur träumen. Jetzt brauche ich nur noch einen Schrank für meine Kleider und die restlichen Möbel, dann ist es perfekt!» Er will das Beste aus seiner jetzigen Situation machen. Wie man einen eigenen Haushalt führt, lernte er im Heim. Bei administrativen Angelegenheiten braucht er wiederum noch Hilfe. Einmal pro Woche kommt sein Betreuer vorbei. Mit dessen Hilfe hofft er nun auch, eine Lehrstelle zu finden. «Einen Obdachlosen will niemand einstellen. Jetzt hoffe ich, dass sich das ändert.» Eine Lehre in einem Fitnesscenter sei das Ziel, aber auch das Gesundheitswesen reize ihn: «So hätte ich die Möglichkeit, anderen zu helfen.» Schritt für Schritt soll es aufwärtsgehen. Dustin Peter ist voller Motivation, denn für ihn ist klar: Zurück in die Obdachlosigkeit will er auf keinen Fall.

Eine Wohnung dank «Housing First»

Das Pilotprojekt «Housing First» wurde im Mai 2020 in Basel lanciert und ist für drei Jahre vorgesehen. Dabei handelt es sich um eine Kooperation zwischen der Sozialhilfe Basel-Stadt und der Heilsarmee. Ziel des Projekts ist es, die Obdachlosigkeit in Basel zu vermindern und die betroffenen Personen bei der Wohnungssuche zu unterstützen. Finanziert wird das Projekt vom Kanton und ist auf zirka 15 Personen angelegt. Zum jetzigen Stand interessieren sich 17 obdachlose Menschen für eine

Wohnung, nur acht davon haben eine erhalten. «Dass noch nicht alle eine Wohnung gefunden haben, die sich angemeldet haben, hängt damit zusammen, dass das Finden einer geeigneten Wohnung für diese Klientel eine der grossen Herausforderungen ist», erklärt Ruedi Illes, Amtsleiter der Sozialhilfe Basel. Hinzu kommt, laut Thomas Baumgartner von der Heilsarmee, dass sich nur wenige Verwaltungen oder Besitzer ihre Liegenschaften für «Housing First» zur Verfügung stellen. (aib)

Einkommensschwache Basler sollen fünf Millionen bekommen

Corona setzt Armen zu Nach einem ersten, erfolglosen Versuch hat das Anliegen einer Härtefallunterstützung nun beste Chancen, von einer Mehrheit im Grossen Rat befürwortet zu werden.

Jan Amsler

Die Anlaufstellen für günstige oder kostenlose Lebensmittel in Basel-Stadt würden überrannt, sagt Pascal Pfister. Der Grossrat und Noch-SP-Präsident setzt sich am Mittwoch im Kantonsparlament dafür ein, dass eine Motion, die eine Corona-Härtefallunterstützung für Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen verlangt, für dringlich erklärt wird. Die dafür notwendige Zweidrittelmehrheit erreicht Pfister zwar nicht. Doch angesichts der breiten Unterstützung von SP, Grünen, Basta, EVP und nun auch GLP ist zu erwarten, dass die Forderung bei der ordentlichen Behandlung im Juni den Durchbruch schafft.

Ein erster Anlauf war im März am fehlenden Support der Grünliberalen und am Stichentscheid des freisinnigen Grossratspräsidenten David Jenny so knapp wie nur möglich gescheitert. Pfister hat die Einwände aufgenommen: Beim neuen Vorstoss handelt es sich um eine einmalige Auszahlung an Einkommensschwache und nicht mehr um eine Basler Abwandlung von Bundesrecht. Konkret sollen alle Haushalte profitieren, die 2020 im Vergleich zum Vorjahr eine Einkommensbusse von mindestens fünf Prozent nachweisen können und unter die Kriterien der Prämienverbilligung fallen.

«Kein massloser Betrag»

Ein Beispiel: Eine vierköpfige Familie – Eltern, eine junge erwachsene Person und ein Kind – mit einem massgeblichen Haushaltseinkommen von 63'000 Franken würde einmalig rund 1800 Franken bekommen. Dies entspricht dem zweifachen Monatsbeitrag der Prämienverbilligung. Bei einer Familie dieser Grösse würde der Anspruch bis zu einem Einkommen von 97'000 Franken gelten, bei Einpersonenhaushalten bis 49'400 Franken, wobei die Unterstützung mindes-

tens 500 Franken betragen sollte. Pfister schätzt grob, dass rund 10'000 einkommensschwache Basler Gelder bekommen würden. Die Kosten für den Staat beliefen sich in einer Überschlagsrechnung auf drei bis fünf Millionen Franken. «Im Vergleich zur Unterstützung der Unternehmen ist das kein massloser Betrag», sagt er auf Nachfrage.

Haushalte am Limit

Die Bürgerlichen rechts der GLP sehen die Dringlichkeit des Anliegens nicht, und der Freisinnige Mark Eichner macht in der Ratsdebatte klar, dass sich die Vorbehalte auch im neuen Vorstoss nicht aufgelöst hätten. «Es ist nicht richtig, vom Kanton aus in das eidgenössische Sozialversicherungssystem einzugreifen.»



Grosser Rat

Berichterstattung aus dem Kongresszentrum

Pfister erwidert, die Auszahlung orientiere sich nun am kantonalen System der Prämienverbilligung. Er verweist auf eine Studie der Konjunkturforschungsstelle der ETH: Haushalte mit einem Lohn von unter 4000 Franken haben seit der Pandemie 20 Prozent weniger Einkommen und kämen nun an ihr Limit. Fast 40 Prozent der Arbeitnehmenden in diesem Lohnbereich würden auf ihre Ersparnisse zurückgreifen, um die laufenden Ausgaben zu decken, und drohen sich zu verschulden. Neben Betroffenen von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit erinnert Pfister auch an jene, die ihre Festanstellung verloren haben und nun am selben Arbeitsplatz auf Abruf im Stundenlohn arbeiten.

Mit der Motion Pfisters ist für die Niedriglohnbezüger in Basel-Stadt nun Linderung in Sicht. Doch mangels politisch attestierter Dringlichkeit müssen sie sich noch gedulden.



Die finanzielle Not zeige sich etwa bei den Anlaufstellen, die Lebensmittel an Bedürftige abgeben, sagt SP-Grossrat Pascal Pfister. Foto: Christian Pfander

Basel Stadt Land Region

«Wir installieren ein weitgehendes Bettelverbot»

Polizeichefin Stephanie Eymann handelt Lange hat sie geschwiegen. Jetzt aber sagt die neue Basler Justiz- und Sicherheitsdirektorin, was sie über Demonstrationen, Covid-Massnahmen und Littering denkt. Und was die Polizei gegen Bettler unternehmen wird.

Mischa Hauswirth

Frau Eymann, fast 100 Tage lang haben Sie eisern geschwiegen. Was hat Ihnen das ausser viel Kritik gebracht?

Ich bin in einer neuen Aufgabe angekommen und musste mir zuerst einen Überblick verschaffen. Es fiel mir nicht immer leicht, zu schweigen, aber ich wollte nicht aus der Hektik des Tages heraus etwas sagen, was ich nach vertieftem Nachdenken und Analysieren vielleicht hätte zurücknehmen müssen. Deshalb hatte ich für mich entschieden, zu politisch heiklen, von der Fragestellung her juristisch, strategisch und operativ komplexen Bereichen wie Demonstrationen zunächst noch keine Stellung zu nehmen.

In einigen Medien kam dann aber doch was von Ihnen...

Die 100-Tage-Frist bezog sich auf die Demonstrationen. Dazu habe ich nichts gesagt, sondern zu den Vorfällen im Hafengebiet. Hier war aufgrund einer neuen Lage ein kurzfristiger politisch-strategischer Entscheid notwendig, der von der Gesamtregierung getroffen und von mir kommuniziert wurde. Bei den Demonstrationen besteht keine solche Dringlichkeit. Zwar herrscht das Bild vor, dass die Vorsteherin des Justiz- und Sicherheitsdepartementes, also ich, praktische Anweisungen gibt, wann Demonstranten eingekesselt oder verhaftet werden. Das entspricht jedoch nicht der Realität. Die Polizei ist die operative Behörde, die Bewilligungen erteilt und den Einsatz bewilligt. Ich stecke allenfalls den politischen Rahmen ab, bin aber nicht die Einsatzleiterin und nicht die Kommandantin.

Sie haben es angetönt. Am Hafen kam es am Wochenende vom 8. Mai zu einer grossen, wilden Party mit Verletzten. Darauf hat der Kulturdirektor, Regierungsrat Beat Jans, die Securitas geschickt. Haben Sie sich hier das Heft aus der Hand nehmen lassen?

Das Heft habe ich mir sicher nicht aus der Hand nehmen lassen. Am Rheinufer ist seit mehreren Wochen von der Polizei beobachtet worden, dass mehr Leute als üblich dort sind: Lärm, Littering, illegale Parties, Poser und nun auch ein schweres Gewaltdelikt haben das Fass zum Überlaufen gebracht. Bei den Zwischennutzungslösungen vor einigen Jahren gab es schon mal Securitas in diesem Gebiet, und diese Lösung wollte Beat Jans wieder aktivieren.

Jans' Intervention scheint Ihnen aber nicht gefallen zu haben. Das hat man im Interview mit «Prime News» klar gemerkt.

Sie hat mich kurz irritiert, ja. Aber parallel lief bei der Polizei bereits auch die Planung eines umfassenden Massnahmenpakets, und ich habe das ihm gegenüber angesprochen.

Ist Beat Jans der neue Silberrücken im Regierungsrat? Nein, wir sind sehr kollegial. Es gibt weder Leader noch Konfrontationen.

Es ist der Eindruck entstanden, dass sich seit Ihrem Amtsantritt etwas im Umgang mit den Autoposern geändert hat und die Polizei stärker gegen diese Szene vorgeht. Ist das Ihre Handschrift?

Nicht unbedingt. Wenn wir ein Problem haben, so muss die Polizei einen Fokus setzen. Die Poser-Szene gibt es schon länger, sie hat bislang eher geschlummert oder war in Deutschland zu beobachten.

In Sachen Demonstrationen hat sich hingegen bislang wenig geändert. Trotz Coronamassnahmen wurden Demos bewilligt wie etwa jene von FCB-Fans oder Kurden. Führen Sie den laschen Kurs Ihres Vorgängers Baschi Dürr weiter? Lasch würde ich es nicht nennen, ich habe es immer als sehr liberalen Kurs bezeichnet. Mir ist wichtig, wie diese Demonstrationen gehandhabt werden – nämlich immer gleich auf einer politisch-strategischen Ebene. Auch wenn ich an einer liberalen Praxis festhalte, so muss ich aber auch feststellen: Wir haben einen deutlichen Zuwachs an Demonstrationen.

«Es gib Leute, die sagen, wenn ich shoppen will, gehe ich nicht mehr nach Basel.»

Wie deutlich?

2015 hatten wir 78 bewilligte Demonstrationen und 7 unbewilligte. 2020 waren es 111 bewilligte und 69 unbewilligte Kundgebungen. Diese Entwicklung alarmiert mich. Ich setze hier an und sage: Das kann es nicht sein. Ich halte das Demonstrationsrecht als Grundrecht hoch. Aber ein Staat kann und muss die Rahmenbedingungen festlegen, und daran haben sich Demonstrierende zu halten.

Und welche Rahmenbedingungen sind das?

Wir haben eine Bewilligungspflicht und wollen wissen, wer als Ansprechpartner für die Polizei hinter einer Demonstration steht. Die Demos dürfen grundsätzlich in der Innenstadt abgehalten werden. Auf der anderen Seite muss die Polizei aber auch die Interessen und Rechte aller anderen, die sich in der Stadt



Stephanie Eymann will erreichen, dass sich alle um eine Demo-Bewilligung bemühen. Foto: Dominik Plüss

aufhalten, wahren. Gewerbetreibende, Fussgänger, Leute, die im Tram unterwegs oder beim Einkaufen sind – sie haben alle auch ein Recht, das ungestört zu tun.

Also machen Sie doch etwas neu?

Es gab ja in der Vergangenheit verschiedenste diffuse Vorwürfe, die Polizei würde nach Gutdünken ihre Bewilligungen erteilen und es würde sogar eine politische Haltung dahinter stecken, wann sie es tut und wann nicht. Das ist natürlich falsch. Unter dem Titel «Demopraxis Basel-Stadt» gibt es jetzt ein Factsheet, das die Rahmenbedingungen für Demonstrationen genau erklärt. Übrigens besteht das Grundrecht bei Demonstrationen nur für friedliches Versammeln. Gewalt und Sachbeschädigungen sind nicht geschützt. Weiter geht es um die Anmeldefristen für die Bewilligungen. Basel-Stadt hat die

Regel, dass 30 Tage im voraus ein Gesuch eingereicht werden muss. In der Vergangenheit gab es etliche Fälle, da hatten verschiedene Akteure das Gefühl, das gelte für sie nicht. Die Haltung «Man kann ja jederzeit eine Bewilligung bekommen» werden wir künftig nicht mehr akzeptieren.

Unter Polizisten im Baselbiet ist zu hören, dass gerade FCB-Fans mit Samthandschuhen angefasst werden. Ändert sich auch etwas im Umgang mit randalierenden FCB-Fans?

Bei Demonstrationen müssen wir unterscheiden, ob es sich um eine politische Aktion handelt wie etwa im Zusammenhang mit einer Tagesaktualität rund um die Clubleitung. Oder ob es um Fussball geht. Natürlich haben mich die Bilder geärgert, dass Fans vor dem Stadion, während der polizeilich geduldeten Spontandemo, quasi ein Fest gefeiert haben, ohne die

Coronamassnahmen zu respektieren. Wenn eine solche Versammlung eine gewisse Dimension überschreitet – und das passiert dynamisch –, kann sie nicht mehr gestoppt oder aufgelöst werden. Die Gefahr, dass die Situation eskaliert, wäre sonst sehr gross.

Ein weiteres Thema, das die Leute umtreibt, ist das Littering am Rheinbord. Was wird die Polizei diesen Sommer tun?

Die Polizei wird mit Aufgaben eingedeckt, die nicht zu ihren Kernaufgaben gehören. Littering ist ein grosses Problem. Daneben gibt es aber viele Aufgaben, zu deren Bewältigung es wirklich Polizistinnen und Polizisten braucht, wie Raubdelikte oder häusliche Gewalt, die zugenommen haben. Nur weil wir eine Pandemie haben oder Littering ein Problem darstellt, hat das Polizeikorps nicht mehr Personen zur Verfügung.

Die Coronamüdigkeit in der Bevölkerung nimmt zu. Wie spüren das Polizistinnen und Polizisten?

Die Stimmung knistert. Die Aggressivität nimmt zu. Überall, wo etwas nicht läuft, sind unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schuld.

Warum gehen Sie nicht zu Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger und fordern von ihm, keine Massnahmen zu erlassen, welche die Polizei so gut wie nicht umsetzen kann?

Es geht uns hier wie anderen Städten in der Schweiz auch: In einer Pandemie merkt man, dass die Struktur an ihre Grenzen stösst. Vor zwei Jahren hatte niemand damit gerechnet, dass Polizisten überprüfen müssen, ob ein Schutzkonzept eingehalten wird und Masken getragen werden.

Das Bettelproblem beschäftigt die Bevölkerung ebenfalls. Was bekommen Sie davon mit?

Als Polizeichefin bekomme ich jeden Tag Schreiben. Viele.

Von wem?

Von Gewerblern, von Bewohnern, von Menschen, die sich bedroht fühlen oder Sorgen machen. Es gibt Leute, die sich in der Stadt nicht mehr sicher fühlen.

Es ist also keine Frage der politischen Einstellung, wie man zum Bettelproblem steht?

Nein. Es gibt Leute, die sagen, wenn ich shoppen will, gehe ich nicht mehr nach Basel. Und als Grund nennen sie das aggressive Betteln.

Warum macht die Polizei nicht mehr?

Wie Sie wissen, haben wir die gesetzliche Grundlage nicht mehr, um konsequent einzuschreiten. Die Polizei macht zwar Kontrollen, auch mit anderen Departementen zusammen, aber mit diesen Rahmenbedingungen sind wir nicht gut aufgestellt. Gegen die Bettler können wir nichts machen. Ich kann Ihnen jedoch eine Lösung präsentieren.

Wir sind gespannt.

Aufgrund des Urteils des Europäischen Menschenengerichtshofs können wir nicht einfach die alte Regel wieder einführen. Neu installieren wir ein weitgehendes Bettelverbot, aber kein pauschales. Das heisst: Das organisierte, das aufdringliche und aggressive Betteln wird unter Strafe gestellt. An mehreren Örtlichkeiten darf nicht mehr gebettelt werden. Weil wir aber keine Verlagerung der Bettler wollen, gibt es keine Sperrzonen, die Rayons umfassen. Hingegen verbieten wir das Betteln vor Banken, Zahlautomaten, Geschäften, im Tram, Unterführungen und so weiter. So hat die Polizei wieder Handhabe, um gegen die Bettler vorzugehen. Die Regierung hat diesen Gesetzesvorschlag für eine Verschärfung bereits beschlossen.

«Dann gehen wir eben wieder heim»

Ausgedehntes Bettelverbot Politik und Gewerbe reagieren vorwiegend positiv auf den Vorschlag der Basler Regierung. Und die Bettler?

Alessandra Paone

Seit vergangenem Juli prägen Bettlerinnen und Bettler aus Osteuropa das Stadtbild. Mit ausgestreckter Hand sitzen sie vor den Läden am Boden, bieten auf der Strasse Rosen an und schlafen in den Parkanlagen. An diesem Montagnachmittag sind aber kaum welche zu sehen. Weder vor dem Coop am Aeschenplatz noch weiter vorn beim Bankverein. Und auch beim De-Wette-Park, einem beliebten Begegnungsort, ist niemand.

Als hätten sie es gespürt, dass für sie schon bald alles anders sein könnte: Die Basler Regierung hat am Morgen ihren Ratschlag zur Einführung eines ausgedehnten Bettelverbots präsentiert. Sie will das Betteln künftig an vielen Orten in der Innenstadt untersagen und bestimmte Verhaltensweisen bestrafen. Vermutlich ist es aber das unbeständige Wetter, das die Bettler von der Strasse fernhält – es regnet schon seit Tagen. Vom Plan der Behörden wissen sie jedenfalls nichts, wie sich später bei einem Gespräch am Basler Hauptbahnhof herausstellt.

Gleich vor dem Eingang des Bahnhofsgebäudes sitzen drei Frauen in langen, bunten Röcken auf einer Bank und unterhalten sich. Sie lächeln freundlich, als die Journalistin sie auf Italienisch anspricht. Wo gehen sie hin, wenn Betteln in Basel praktisch nicht mehr möglich ist? Sie schauen sich fragend an, zucken mit den Achseln. «Dann gehen wir eben wieder heim», sagt die eine dann und hebt ihre Hände zum Himmel: «Gott wird uns helfen.» Die Frauen möchten ihren Namen nicht nennen. Inzwischen kommen weitere Bettler hinzu, auch das Ehepaar Giorgio und Maria. Eigentlich, sagen die beiden, wollten sie gar nicht betteln,



Vor Geschäften soll das Betteln künftig verboten sein. Foto: Dominik Plüss

sondern arbeiten. Sie hätten sich auch schon um einen Job bemüht in Basel, allerdings vergeblich. «Wir brauchen das Geld für unsere zwei Kinder», sagt Maria. Sie seien drei und fünf Jahre alt und lebten bei der Grossmutter in Rumänien. Zurück in ihre Heimat,

Der Kanton Basel-Stadt will das Betteln wieder einschränken. Zwar wird es kein allgemeines, pauschales Bettelverbot geben, weil dies nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) nicht mehr zulässig ist. Doch will die Basler Regierung auch das nicht bandenmässige Betteln künftig in bestimmten Situationen verbieten. Widerhandlungen sollen mit einer Ordnungsbuss bestraft werden können. Die Regierung hat dazu nun einen Vor-

schlag ausgearbeitet. Das sind die wichtigsten Punkte:

- Generell verboten bleibt wie bisher das organisierte Betteln.
- Im öffentlichen Raum soll Betteln verboten werden, «wenn dabei die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung gestört wird». Gemeint sind damit aufdringliche oder aggressive Verhaltensweisen. Auch will die Regierung den Bettlerinnen und Bettlern untersagen, sich Passanten in den Weg zu stellen, sie zu be-

schimpfen, berühren oder zu bedrängen.

— Ein Bettelverbot soll es zudem an hochfrequentierten neuralgischen Örtlichkeiten geben sowie in Zonen, in denen Passanten nicht oder nur schlecht ausweichen können. Dabei denkt die Regierung etwa an Bereiche rund um Ein- und Ausgänge von Bahnhöfen, vor Geschäften, Banken, Kultureinrichtungen, öffentlichen Gebäuden, Gastronomiebetrieben und Haltestellen. Auch verboten werden soll das Betteln

unter anderem in einer Fleischfabrik gearbeitet – bis Corona kam. Vorher lebte er während zwölf Jahren in Italien, war in Turin, Florenz und Bologna, deshalb spricht er auch sehr gut Italienisch. Doch auch dort sei es schwierig, Arbeit zu finden. «La crisi», sagt er. «Wenn die Basler Regierung wirklich etwas für uns tun möchte, dann soll sie uns Arbeit vermitteln.»

«Endlich passiert etwas»

Giorgio und Maria sind nur tagsüber in Basel, am Abend fahren sie nach Mulhouse, wo sie in einem Zimmer übernachten. Das koste zwar Geld, sei aber besser, als draussen zu schlafen. Davon hält das Paar nämlich nichts. «Ich verstehe, dass sich die Leute daran stören», sagt Giorgio. Sie hätten das in der Gruppe auch schon thematisiert, genauso das aufdringliche Benehmen. «Wenn die Leute nichts geben wollen, dann muss man sie in Ruhe lassen», sagt Maria.

Mit ihrem Vorschlag reagiert die Regierung vor allem auf eine Motion der SVP, die das im Juli 2020 aufgehobene Bettelverbot

wieder einführen will. Es ist aber auch eine Antwort auf die vielen Reaktionen aus der Bevölkerung, die sich offensichtlich schwertut mit der aktuellen Situation.

Auch die Gewerbetreibenden fordern schon seit längerem Massnahmen und freuen sich, «dass nun endlich etwas passiert», wie Fabienne Bänziger sagt. Sie arbeitet im Bluemelade bim Schloss an der Aeschenvorstadt. Es sei immer wieder vorgekommen, dass eine Bettlerin oder ein Bettler draussen vor dem Laden mitten in den Blumen gegessen habe. Zwar hätten sich nur die wenigsten Kunden beschwert. «Aber es kann nicht sein, dass, wer einen Brautstraus abholt, als Erstes einem Bettler begegnet.» Man komme ja schliesslich hierher, weil man «etwas Auserlesenes» suche.

Die SVP, die am stärksten für ein Bettelverbot gekämpft hat, bezeichnet in einer Mitteilung die Vorlage als «stimmig». Nun müsse es aber schnell gehen, eine langwierige Kommissionsberatung sei deshalb unnötig. Der Grosse Rat solle das Geschäft noch im Juni abschliessen. Soll-

te das Parlament diesem Antrag nicht folgen, will die Partei die bereits vorbereitete Verfassungsinitiative lancieren.

Basta und Grüne enttäuscht

Auch die SP spricht sich grundsätzlich für eine rasche Umsetzung aus. Dennoch müsse das Geschäft seriös behandelt werden, sagt der Grossrat und frühere Parteipräsident Pascal Pfister. Das Parlament habe während der Corona-Krise gezeigt, dass es auch schnell arbeiten könne. Der Ratschlag der Regierung nehme einige Punkte auf, die die SP in ihrem Positionspapier gefordert habe. Es sei auch positiv, dass der Regierungsrat mit Begleitmassnahmen der sozialen Not und der menschlichen Ausbeutung begegnen wolle. Nun komme es aber darauf an, wie diese genau aussehen sollen.

Basta und Grüne sind hingegen enttäuscht. Der Kanton versuche, «Armut menschenrechtskonform zu kriminalisieren, statt Lösungsansätze aufzunehmen, die von linker Seite wiederholt eingebracht wurden». Sie fordern «Dialog statt Repression».

So soll das Verbot umgesetzt werden

an Märkten, in Parks, Gärten, Friedhöfen, Spielplätzen, Schulanlagen und Unterführungen.

Mit der geplanten Einführung eines ausgedehnten Bettelverbots reagiert die Regierung auf eine breite Forderung der Bevölkerung. Seit 1. Juli 2020 das generelle Verbot aufgehoben wurde, ist in Basel die Zahl der Bettelnden stark gestiegen. Im Dezember 2020 hatte der Grosse Rat eine Motion der SVP für die Wiedereinführung überwiesen.

Das ausgedehnte Bettelverbot soll mit Begleitmassnahmen flankiert werden. Personen ohne Aufenthaltsregelung, Kurzaufenthalter und Durchreisende sollen Nothilfe beantragen können, «die bis zur frühestmöglichen Ausreise ausgerichtet» werde. Zudem will die Regierung die Unterstützung vor Ort ausbauen und stellt die Unterstützung eines Projekts der Entwicklungszusammenarbeit in Aussicht.

Alexander Müller

Regierung hält Bettelnde auf Abstand

Die Vorschläge für ein ausgedehntes Bettelverbot in Basel stossen bei Basta und Grünen auf Widerstand.

Nora Bader

Die Bettelnden beschäftigen die Baslerinnen und Basler seit Monaten. Entsprechend gross war der Druck auf und die Erwartungen an die Basler Regierung. Gestern hat diese nun ihren Ratschlag zu einem weitreichenden Bettelverbot für Basel vorgestellt.

Die Teilrevision des kantonalen Übertretungsstrafgesetzes sieht vor, dass Betteln im Kanton Basel-Stadt künftig selbst dann wieder teilweise verboten ist, wenn es nicht bandenmässig erfolgt. Zudem sollen Ordnungsbussen verteilt werden können.

Der Ratschlag der Regierung umfasst 18 Seiten. Dargelegt wird, dass nach dem mittlerweile rechtskräftigen Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ein allgemeines, pauschales Bettelverbot nicht mehr möglich sei. Vereinbar mit der Europäischen Menschenrechtskonvention seien indes beschränkte Verbote.

Unterstützung in Herkunftsländern

Generell verboten sein soll das Betteln in Basel gemäss Ratschlag der Regierung im öffentlichen Raum oder an allgemein zugänglichen Orten, wenn dabei die «öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung gestört werde». Das sei dann der Fall, wenn Personen aggressiv oder aufdringlich betteln, Passanten beschimpfen, berühren oder bedrängen würden. Verbote sollen Betteln auch bei Geld- und Billettautomaten sein. Ausserdem müsse beim Betteln ein Abstand von fünf Metern zu Geschäften, Restaurantterrassen, Kulturlokalitäten oder Haltestellen eingehalten werden.

Ebenso gelten die Verbote auf Märkten, in Parks, Gärten, auf Friedhöfen, Spielplätzen, Schulanlagen und in Unterführungen – also eigentlich



Kaum ein Thema hat Basel in den letzten Monaten so bewegt und gespalten wie die Bettelnden.

Bild: Nicole Nars-Zimmer

überall dort, wo Passantenströme zu erwarten sind.

Die Regierung begründet ihren Ratschlag damit, dass sich die Aufhebung des Bettelverbotes per Mitte 2020 stark auf den «Betteltourismus» ausgewirkt habe. Da oft soziale Not und menschliche Ausbeutung mitspielen würden, will der Regierungsrat Begleitmassnahmen aufzeigen. Dazu zähle die Nothilfe, die auch Personen ohne Aufenthaltsregelungen, Kurzaufenthalter und Durchreisende beantragen könnten und die bis zur frühestmöglichen Ausreise ausgerichtet werde. Ergeben sich bei Kontroll-

len Hinweise auf potenzielle Opfer von Menschenhandel, könnten die zuständigen Behörden auf «etablierte Strukturen zurückgreifen».

Basta und Grüne künden Widerstand an

Ausserdem will der Regierungsrat die Unterstützung in den Herkunftsländern der Bettelnden ausbauen und stellt die Unterstützung eines Projektes der Entwicklungszusammenarbeit in Aussicht. Hierfür brauche es den Antrag einer NGO. Auch Städtepartnerschaften würden in Betracht gezogen, sagte Sicherheits- und Justiz-

direktorin Stephanie Eymann gestern vor den Medien.

Die Basler SVP lobt die Regierung und zeigt sich zufrieden mit dem Ratschlag, mit dem auch eine Motion von SVP-Grossrat Joël Thüring umgesetzt wird. Er hatte die Wiedereinführung des Bettelverbots gefordert. Man gehe davon aus, dass die Bettelproblematik in Basel mit der Gesetzesänderung abnehme. «Sollte der Grosse Rat diesem Antrag nicht folgen, wird die SVP eine Verfassungsinitiative lancieren», teilte die SVP gestern mit. Die SP begegnet dem Ratschlag kritischer. Grossrat Pascal Pfister sagt:

«Eine Bettelordnung ist der richtige Weg. Im Einzelnen muss aber noch angeschaut werden, welche konkreten Auswirkungen eine Gesetzesänderung haben kann». Es brauche auf jeden Fall Begleitmassnahmen, damit sich das Problem nicht verlagere. «Diesbezüglich ist der Ratschlag noch zu wenig konkret», so Pfister.

Osteuropaexperte Zsolt Temesvary, der an der Fachhochschule Nordwestschweiz über die Bettelnden forscht, ist skeptisch gegenüber dem Ratschlag der Basler Regierung. «Beispiele aus dem Ausland zeigen, dass solche ordnungsbasierten Mass-

«Beispiele aus dem Ausland zeigen, dass solche Massnahmen eher eskalieren.»

Zsolt Temesvary
Osteuropaexperte

nahmen das Problem gar nicht lösen, sondern eher eskalieren», sagt er. So würden etwa ehemalige Bettelnde in der Prostitution unter prekären Bedingungen arbeiten oder kriminelle Aktivitäten ausüben.

Klare Worte finden auch die Basler Parteien von Basta und Grünen: «Wir sind enttäuscht, dass der Kanton nun versucht, Armut «menschenrechtskonform» zu kriminalisieren, anstatt Lösungsansätze aufzunehmen, die von linker Seite wiederholt eingebracht wurden», steht in einer gemeinsamen Mitteilung. Bettelnde an den Stadtrand zu verbannen und zu glauben, dass damit öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ruhe hergestellt würden und der menschlichen Ausbeutung der Kampf angesagt werde, sei mindestens zynisch. Die beiden Parteien wollen den Ratschlag im Grossen Rat bekämpfen und sich weiterhin für einen humanitären Umgang mit Armutsbetroffenen einsetzen.

Geht es hingegen nach der SVP, kommt der Ratschlag dringlich noch im Juni und ohne Kommissionsberatung ins Parlament. So würde das Gesetz bei einer Annahme per August in Kraft treten.

Kritik an Eymanns Bettelverbot

Basler Juristin sieht Punkte, die nicht vereinbar seien mit Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Nora Bader

Fünf Meter Abstand zu Geschäften, Restaurantterrassen oder Eingängen sowie Verbote in Parks oder vor Geldautomaten: Fast überall in der Stadt, wo es Passagierströme gibt, soll Betteln verboten werden. Ausserdem sind Ordnungsbussen vorgesehen. Diese Massnahmen sieht der Ratschlag für die neue Bettelordnung vor, den Sicherheits- und Justizdirektorin Stephanie Eymann (LDP) vergangene Woche präsentiert hat (die bz berichtete).

Nun wird Kritik laut. «Der Ratschlag beinhaltet Punkte, die nicht vereinbar sind mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte», betont Raphaela Cueni, Juristin an der Universität Basel. Laut dem Urteil für Genf könne passives Betteln grundsätzlich nicht verboten werden. Die Pläne des Sicherheitsdepartements könnten aber darauf hinauslaufen, so Cueni. Im Ratschlag zitiert die Basler Regierung auch aus Cuenis Analyse vom April 2021 zum erwähnten Urteil vom Januar. Involviert in die Ausarbeitung des Ratschlags war die Spezialistin für Grundrechtsfragen direkt indes nicht, weshalb sich die Expertin unabhängig äussern kann.

Zwar werde das geplante Verbot sehr detailliert beschrieben, was dafür spreche, dass eine präzise Regelung gesucht werde, so Cueni. Auch gebe der Vorschlag für ein neues Bettelverbot in Basel vor, die Vorgaben der Verfassung und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte einzuhalten. «Aber faktisch wird Betteln in der Stadt, wo heute gebettelt wird und Betteln Sinn macht, weitestgehend verboten.» Das beisse sich mit den Grundrechten, sagt Cueni weiter. Denn gemäss dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sei Betteln ein geschütztes Grundrecht; Verbote seien deshalb nur zulässig, soweit sie ein öffentliches Interesse verfolgen und verhältnismässig seien.



Im Ratschlag zur verschärften Bettelordnung für die Stadt kritisiert eine Basler Juristin gewisse Punkte.

Bild: Nicole Nars-Zimmer

«Jemand, der auf dem Boden sitzt, ist keine Bedrohung für die öffentliche Sicherheit.»



Raphaela Cueni
Juristin Universität Basel

Das strengere Bettelverbot wird im Ratschlag der Regierung unter anderem damit begründet, dass die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung gefährdet seien. Doch hier sieht die Juristin Grundrechte verletzt: «Jemand, der neben einem Geschäft auf dem Trottoir am Boden sitzt, ist aus meiner Sicht keine Bedrohung für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung.»

Verbieten könne man hingegen rechtlich die Ausnutzung von Abhängigen und anderen Personen zum Betteln, das aggressive Betteln oder etwa das Betteln vor Bankomaten, betont Cueni.

Gutachten für «Die Mitte» kommt zu anderem Schluss

Zu einem anderen Schluss gekommen ist Stefan Breitenmoser, Professor für Europarecht an der Uni Basel. Verschiedene Varianten des Bettelverbots seien mit der Europäischen Men-

schensrechtskonvention vereinbar, lässt sich Breitenmoser in einer Mitteilung der Partei Die Mitte zitieren. Diese hatte einen Bericht bei ihm in Auftrag gegeben. Der Bericht ist nicht öffentlich einsehbar und liegt der bz trotz Anfrage nicht vor.

JSD kann die Kritik nicht nachvollziehen

Beim Basler Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) heisst es, man könne die Kritik von Cueni nicht nachvollziehen. «Betteln wird dort eingeschränkt, wo der Schutz der Passanten sowie Gewerbetreibenden es erfordert», so Mediensprecher Martin Schütz auf Anfrage. Aufzählungen von Bettelverboten an neuralgischen und besonders sensiblen Örtlichkeiten seien enthalten. Diese würden sich dadurch auszeichnen, dass sie zum einen stark frequentiert seien und zum anderen beengte oder unüber-

sichtliche Platzverhältnisse aufweisen würden. «Ebenfalls aufgeführt sind Zonen, wo Passantinnen oder Passanten nicht oder nur schlecht ausweichen können oder deren Sicherheitsbedürfnis besonders gross ist, weil mit Bargeld hantiert wird», so Schütz weiter. Mit den weiteren örtlichen Bettelverboten werde zudem den berechtigten Interessen von Inhabern von Ladengeschäften, Hotels und Restaurants an einem uneingeschränkten Zugang zu ihren Lokalitäten Rechnung getragen.

Im Juni kommt das Geschäft in den Grosse Rat und könnte dann frühestens per August in Kraft treten. Wenn es hart auf hart kommt und die neue Bestimmung so in Kraft treten sollte, dann müsste wohl erneut das Bundesgericht über die Zulässigkeit eines Bettelverbots – nun eines weniger absolut gehaltenen Verbots aus Basel – entscheiden.

Basel Stadt Land Region

Der «wahre» und der «falsche» Bettler

Geschichte Basels Wer glaubt, die Bettelei in der Stadt Basel sei neu, irrt. Sie wurde hier schon vor Jahrhunderten praktiziert.

Dominik Heitz

«Hesch mer e Stutz?» Der Satz aus dem Munde eines aus der Gesellschaft gefallenen einheimischen Bettlers wirkt auf uns oft glaubwürdiger als die Rumäninnen und Rumänen, die seit der Aufhebung des Bettelverbots in grosser Zahl aus ihrem Heimatland nach Basel reisen und hier um Geld bitten. Wir trauen ausländischen Menschen, die gruppenweise betteln gehen, weniger über den Weg als lokalen Einzelgängern. Denn in unserer Welt, in der ein äusserst gut ausgebautes Auffangnetz für Arme, Invalide und Kranke besteht, macht sich – verständlicherweise – schnell Argwohn und Skepsis breit gegenüber jenen aus Osteuropa, die als gut organisierte Bettler auftreten.

Viele von uns kennen Bettler von Auslandsreisen her. Im eigenen Alltag hingegen sind sie einem nicht vertraut. Nun aber sitzen sie plötzlich in unseren Strassen auf den Trottoirs, vor Verkaufsläden und Banken. Das ist ungewohnt. Doch neu ist die Bettelei in Basel nicht; es hat sie immer wieder gegeben, mal auffälliger und in grösserem Ausmass, mal im ganz Kleinen und Verborgenen, mal im positiven, meist im negativen Sinn.

Im Mittelalter war die Bettelei Teil des gesellschaftlichen Lebens, sie war eine Art Beruf. Denn sie hatte innerhalb der christlichen Barmherzigkeitslehre ihre sinnstiftende Funktion: Der vermögende Mensch erhoffte sich, durch Spenden von Almosen das ewige Seelenheil erkaufen zu können. Zwischen Bettler und reichem Mann respektive der Kirche und den Klöstern bestand so etwas wie eine Symbiose.

Schon damals: Auf nach Basel

Mit den Pestepidemien und ihren sozialen wie wirtschaftlichen Folgen begannen sich aber gewisse Ansichten über die Nächstenliebe zu ändern. Die Scharen von Bettelnden, die über Land zogen und sich in den Städten konzentrierten, wurden zunehmend als bedrohliche Gegengesellschaft wahrgenommen.

Misstrauen, gefördert durch die «Gaunerliteratur», führte zur Vorstellung, Bettler seien betrügerisch und arbeitsscheu und somit kriminell. Im 15. Jahrhundert wurden deshalb in der Eidgenossenschaft erste gesetzliche Regelungen eingeführt, und 1474 erging der Beschluss, fremde Bettlerinnen und Bettler aus den eidgenössischen Territorien auszuweisen.

Basel, das damals noch nicht zur Eidgenossenschaft gehörte, übte daraufhin auf Bettelnde eine grosse Anziehungskraft aus. Denn in der Stadt befand sich, abgegrenzt zwischen den beiden Stadtmauern, das Kohlenberg-Quartier. Fremde Bettler durften sich dort für eine vorgegebene Zeit aufhalten und erhielten eine Bettlerlaubnis des Reichsvogts. Auf dem Kohlenberg lebten die sozial eher geächteten Menschen; es war eine Art Ghetto, das mit dem Bettlergericht sogar über eine eigene Gerichtsbarkeit verfügte.

Es ist interessant, dass heute hiesige Politikerinnen und Poli-



Reiche geben einem Krüppel und Bettler etwas Geld – ein Bild aus Johann Bernhard Basedows «Elementarbuch» von 1774. Illustration: Daniel Chodowiecki

tiker bei Armutsthemen gerne Basel als Humanistenstadt ins Feld führen. Nur ist Humanismus nicht das Gleiche wie Humanität.

Einer der bedeutenden Humanisten in Basel seinerzeit, Rechtsprofessor Sebastian Brandt, verfasste 1494 das «Narrenschiff». Darin schrieb er kritisch über das Betteln:

Mancher treibt Bettel in solchen Jahren, wo jung er ist, stark und gesund und werken könnte jede Stund: Nur dass er sich nicht gern mag bücken, ihm steckt ein Schelmenbein im Rücken. Seine Kinder müssen's jung verstehn, ohn' Unterlass zum Bettel gehn und lernen wol den Bettelschrei, sonst bräch' er ihnen den Arm entzwei. (...)

Zu Basel auf dem Kohlenberg, da treiben sie ihr Bubenwerk.

Handkehrum kritisierte er auch die Bettelorden:

Mönchsorden, Pfaffen sich beschweren, dass sie, die Reichsten, wären arm. Ach, Bettel, dass sich Gott erbarm!

Bereits 1429 war es an der Stadt am Rheinknie zu einer gesetzlichen Regelung über das Betteln gekommen, indem man Vogt und Ratsknecht beauftragt hatte, die Bettler bei der Spendenausteilung streng zu kontrollieren. Als aber zu Ende des 15. Jahrhunderts der Kohlenberg mehr und mehr Bettler von ausserhalb der Stadt anzog, begann man, die Schraube stärker anzuziehen.

Dabei spielte die Reformationszeit mit hinein: Nach der Aufhebung von Klöstern und Kirchen, die bislang für die Armenfürsorge zuständig gewesen waren, übernahm die städtische Obrigkeit diese Aufgabe und versuchte, gezielt bestimmte Personengruppen von den Unterstützungsleistungen auszuschliessen.

Vorlage für Bettelverbot

Seit in Basel das Bettelverbot aufgehoben ist, kommen viele Bettlerinnen und Bettler aus Osteuropa nach Basel und prägen hier das Bild der Innenstadt. Viele Menschen stören sich daran. Die Gesamtregierung hat deshalb einen Vorschlag ausgearbeitet, der wieder ein weitgehendes Bettelverbot einführen will. Voraussichtlich im Juni wird er im Grossen Rat behandelt. (hei)

Man begann, die Bettler zu unterteilen: in die «wahren» und die «falschen». Nur noch jenen Personen sollte man etwas gewähren, bei denen das Heimatprinzip galt. Auch wurden Arbeitsfähigkeit und Arbeitswille strenger beurteilt. Gesunde und arbeitsunwillige Bettler, aber auch Landstreicher, Prostituierte und Pilger galten fortan als «unwürdige Arme», und nur Personen, die ohne eigenes Verschulden in Not geraten waren, sollten Unterstützung erhalten.

Auf dem Barfüsserplatz fand das «grosse tägliche Almosen» statt: Witwen, ledige Frauen und Waisenkinder wurden mit Mahlzeiten und Geld unterstützt. Zudem gab es das Spital an der Freien Strasse, wo Kranke, Alte, Arme und Bettler Aufnahme fanden, während ab 1669 das Waisenhaus auf dem Areal des ehemaligen Kartäuserklosters im Kleinbasel für Voll- und Halbwaisen sowie für Kinder aus sehr armen Familien da war.

Trotzdem fielen viele Arme durch das Netz institutionalisierter Hilfe. Deshalb gründeten reiche Bürger der Stadt 1777 die Gesellschaft zur Aufmunterung und Beförderung des Guten und Gemeinnützigen (GGG). Diese wollte sich nach den schrecklichen Hungerjahren 1770 und 1771

der Bekämpfung des Gassenbettelns und der Armut sowie der Armenpflege und der Verbesserung der Schulbildung annehmen.

Jetzt sind sie wieder da

Aber erst im 19. Jahrhundert begann man, allgemein die ungenügenden Löhne und die strukturelle Arbeitslosigkeit als Ursachen von Armut wahrzunehmen und anzupacken. Bis dahin waren die auf Bettelei angewiesenen Menschen schweren Repressionen ausgesetzt. Mit der Etablierung des Wohlfahrtsstaates verschwand das Betteln aus dem öffentlichen Leben. Und weil man der Ansicht war, dass wegen des sehr gut ausgebauten Sozialleistungssystems niemand mehr betteln müsse, sollte auch niemand mehr betteln dürfen. Deshalb verbietet in der Schweiz eine Mehrheit der Kantone die Bettelei.

In Basel-Stadt war es seit 1978 im Übertretungsstrafgesetz festgehalten: Nach diesem Gesetz wurde bestraft, «wer bettelt oder andere zum Betteln anhält». Doch bei der Überarbeitung dieses Gesetzes vor zwei Jahren entschied der Grosse Rat am 13. Februar 2019 mit 47 gegen 45 Stimmen, das Bettelverbot auf bandenmässiges Betteln zu beschränken. Das Argument der linken Parteien: Einzelpersonen

in Notlagen sollten dadurch nicht kriminalisiert werden.

Der Grossratsbeschluss zur Totalrevision des Übertretungsstrafgesetzes wurde am 24. November 2019 schliesslich auch vom Basler Stimmvolk angenommen.

Schon damals warnten die Bürgerlichen, das bisherige Verbot sei notwendig, um internationale Bettelbanden fernzuhalten. Sie sollten recht bekommen. Kaum war das Gesetz verabschiedet und in Kraft, trafen die ersten Bettlerinnen und Bettler aus Osteuropa ein.

Literatur:
– Historisches Lexikon der Schweiz
– Gerhard Hotz, Kaspar von Greyer, Lucas Burkart: Theo, der Pfeifenraucher. Christoph-Merian-Verlag, 2010
– Daniel Moeckli: Bettelverbote: Einige rechtsvergleichende Überlegungen zur Grundrechtskonformität. Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht, 2010
– Gudrun Piller: Unterwegs und auf der Flucht: Fremde Bettler und Vaganten. Im Katalog zur Ausstellung «In der Fremde» des Historischen Museums Basel, 2012
– Sara Janner: GGG 1777–1914. Schwabe-Verlag, 2015/2016

DIE KOSTENLO

F

G

H

J

K

6

7

8

9

10

11

12



Badebrunnen



Toilette



Arbeiten



gesund sein



Lesen



Musik



Übernachten



Duschen



Wlan



Sport/Spielen



Essen



sich kleiden



Museen



sich treffen



Wohnen

Gewässer



Schwimmzonen



Grünanlagen/Parks



Hundefreilauf



CHF ARBEITEN

H10 EDP Personalvermittlung
Freie Strasse 17
061 269 90 60
www.edp-basel.ch

G11 Joker Personal AG
Kohlenberg 7
061 227 87 87
www.jokerpersonal.ch

H6 Kontaktstelle für Arbeitslose
Klybeckstrasse 95, 3. Stock
061 691 24 36
www.kstbasel.ch

G10 planova human capital ag
Gerbergasse 14
061 561 17 17
www.planova.ch

H9 Regionales Arbeitsvermittlungszentrum
Utengasse 36
061 267 50 82
www.arbeit.swiss/secoval/de/home.html

G10 Surprise-Magazinverkauf
Verein Surprise
Münzgasse 16
061 564 90 90
www.surprise.ngo

ESSEN

F10 Ass Bar
Spalenvorstadt 41
www.aess-bar.ch

H7 Cafe Elim
Verpflegung, soziale Beratung, Alltagshilfe
Montag 14.00–17.00 Uhr
Dienstag–Freitag 19.30–22.15 Uhr
1. und 3. Sonntag im Monat 14.00–17.00 Uhr
Claragraben 141
061 681 14 24
www.stadtarbeitelim.ch

H6 Foodsharing Zur Bleibe
Mülheimerstrasse 157
www.foodsharingschweiz.ch

J9 Gassenküche
Frühstück, Abendessen, Alltagshilfe
Montag–Freitag 7.30–9.30 Uhr und 17.15–19.30 Uhr
Sonntag 9.00–11.00 Uhr
Lindenberg 21
061 691 16 78
www.gassenkueche-basel.ch

H7 Sonntagszimmer der Mätthäuskirche
Frühstück, Mittagessen, Apéro, Sozialdiakonie, Ausflüge
Sonntag 8.00–22.00 Uhr
Feldbergstrasse 81
076 508 05 20
www.sonntagszimmer.ch

H12 Tageshaus für Obdachlose
Mittagessen, Alltagshilfe, Coiffeur, Massage, Waschmaschine, Dusche
Montag–Donnerstag 10.00–17.00 Uhr
Freitag–Sonntag 10.00–16.30 Uhr
Wallstrasse 16
061 272 92 77
www.stiftungsucht.ch/tageshaus-fuer-obdachlose/

H11 Tischlein-Deck-Dich
Verteilung von Lebensmitteln
Abgabestelle Elisabethenkirche
Elisabethenstrasse 14
Dienstag 9.30–10.30 Uhr

H7 Tischlein-Deck-Dich
Verteilung von Lebensmitteln
Abgabestelle Matthäuskirche
Feldbergstrasse 81
Freitag 10.30–11.30 Uhr

J7 Treffpunkt Glaibasel
Mittagessen, soziale und juristische Beratung, medizinische Sprechstunde, Budgethilfe, Alltagshilfe, Ausflüge, Kleiderabgabe, Veranstaltungen, Kurse, Coiffeur
Montag–Freitag 8.30–17.00 Uhr
Samstag 8.30–16.00 Uhr
Feldbergstrasse 148
061 693 23 01
www.treffpunktglaibasel.ch

H6 Zur Bleibe für geflüchtete Menschen
Mülheimerstrasse 157
www.facebook.com/zurbleibe

LESEN

H6 Bibliothek Bläsi
Bläsiring 85
061 692 32 00

G10 Bibliothek Schmiedenhof
Schmiedenhof 10
061 264 11 00

H6 Begegnungszentrum Union Offenes Bücherregal
Klybeckstrasse 95
www.union-basel.ch

H10 Café Huguenin Offenes Bücherregal
Barfüsserplatz 6
www.cafehuguenin.ch

G10 Unternehmen Mitte Offenes Bücherregal
Gerbergasse 30
www.mitte.ch

H10 Zum Isaak Offenes Bücherregal
Münsterplatz 16
www.zum-isaak.ch

J9 Offener Bücherschrank
Wettsteinplatz
www.wettstein21.ch

G9 Medizinbibliothek
Spiegelgasse 5
www.ub.unibas.ch/ub-medizin

F9 Universitätsbibliothek
Schönbeinstrasse 18–20
061 207 31 00
www.ub.unibas.ch

MUSEEN

H11 Antikenmuseum Basel und Sammlung Ludwig mit Skulpturhalle Basel
Happy Hour 1. Sonntag im Monat, sowie Dienstag–Samstag 16.00–18.00 Uhr
St. Alban-Graben 5
www.antikenmuseumbasel.ch

H11 Kunstmuseum
Happy Hour 1. Sonntag im Monat, sowie Di, Mi, Fr, Sa 17.00–18.00 Uhr
St. Alban-Graben 16
www.kunstmuseumbasel.ch

H11 Museum für Gegenwart
Happy Hour 1. Sonntag im Monat, sowie Di, Mi, Fr, Sa 17.00–18.00 Uhr
St. Alban-Graben 16
www.kunstmuseumbasel.ch

H10 Museum für Geschichte Barfüsserkirche
Happy Hour 1. Sonntag im Monat, sowie Di, Mi, Fr, Sa 17.00–18.00 Uhr
Barfüsserplatz 7
www.hmb.ch

H10 Museum der Kulturen Basel
Happy Hour 1. Sonntag im Monat, sowie Dienstag–Samstag 16.00–19.00 Uhr
Münsterplatz 20
www.mkb.ch

G10 Museum für Musik
Happy Hour 1. Sonntag im Monat, sowie Dienstag–Samstag 16.00–17.00 Uhr
Im Lohnhof 9
www.hmb.ch

H11 Museum für Wohnkultur Haus zum Kirschgarten
Happy Hour 1. Sonntag im Monat, sowie Di, Mi, Fr, Sa 17.00–18.00 Uhr
Elisabethenstrasse 27
www.hmb.ch

H10 Naturhistorisches Museum Basel
Happy Hour 1. Sonntag im Monat, sowie Di–Sa 16.00–20.00 Uhr
Augustinergasse 2
www.nmbs.ch

SICH TREFFEN

H6 Begegnungszentrum Union
Veranstaltungen, Kurse
Klybeckstrasse 95
061 683 23 43
www.union-basel.ch

H6 Café Dialogue
Philosophieren mit Professor*in für Philosophie
Begegnungszentrum Union
Klybeckstrasse 95
061 683 23 43
www.union-basel.ch

H11 Da-Sein-Treff für Geflüchtete und Asylsuchende
Offene Kirche Elisabethen
Elisabethenstrasse 10
079 205 03 04
www.offenekirche.ch/de/offenekirche/dasein.html

H7 Gassenarbeit Elim
Claragraben 141
061 511 09 28
www.stadtarbeitelim.ch

H7 Internetcafé Planet 13
juristische Beratung, Computerkurse, Veranstaltungen, Selbsthilfe
Klybeckstrasse 60
061 322 13 13
www.planet13.ch

H6 Kreativ-Atelier Begegnungszentrum Union
Klybeckstrasse 95
061 683 23 43
www.union-basel.ch

H7 Makly Eltern-Kind-Zentrum
Claragraben 158
061 691 70 08
www.qtp-basel.ch/makly

H6 OFF
Selbstverwaltete Bar
Gratis Konzerte mit Kollekte
gemeinsames Kochen und Essen, Bar
Hier musst du nichts konsumieren und kannst dein Bier selbst mitbringen
Offenburgerstrasse 59
www.offbar.ch

Offener Hörsaal
Universität Basel
www.offener-hoersaal.ch

H8 Offener Kasernentreff
Kasernenstrasse 23
061 681 29 46
www.qtp-basel.ch/kasernentreff

J11 Offenes Atelier Kunstmuseum
10.00–16.00 Uhr
1. Sonntag im Monat
St. Alban-Graben 16
www.kunstmuseumbasel.ch/de/programm/themen/offenes-atelier

K9 Offener Quartiertreffpunkt Burg
Burgweg 7
061 691 01 80
www.qtp-basel.ch/wettstein

H6 Schach -und Denkspiele Kultur -und Begegnungszentrum Union
Montag ab 19.30 Uhr im Bühnensaal
Klybeckstrasse 95
061 683 23 43
www.union-basel.ch/

J9 Sozialberatung Caritas
Lindenberg 20
061 691 55 55
www.caritas-beider-basel.ch

H7 Sprachcafé Basel Café Frühling
Klybeckstrasse 69
061 683 23 43
www.sprachcafe-basel.ch

MUSIK

H9 Jazzcampus
Jeden Mittwoch 20.30 Uhr
Gratiskonzerte
Utengasse 15
www.jazzcampus.com

J9 Musik in der Theodorskirche
Gratiskonzerte
Theodorskirche,
Theodorskirchplatz
www.umsteigen-theodor.ch

G9 Offene Bühne
Musik, Theater und Kleinkunst
1. Sonntag im Monat 20.00 Uhr
Am Nadelberg 4
www.offene-buehne.ch

H10 Orgelkonzerte Münster
Sonntags (unregelmässig) 18.00 Uhr
Gratiskonzerte
Münsterplatz 8
www.basler-muensterkonzerte.ch

G9 Orgelmusik St. Peter
Gratiskonzerte
Peterskirche,
Peterskirchplatz
www.orgelmusik-stpeter.ch

SPORT

G6 Klettern und Fitnessparcour für Jugendliche
Freitag 16.30–20.30 Uhr
Freizeithalle Dreirosen
Unterer Rheimweg 168
061 681 95 65
www.dreirosen.ch

G10 Surprise Strassenfussball
Münzgasse 16
061 564 90 10
www.surprise.ngo/angebote/strassenfussball/kontakt

G10 Yoga über Mittag zahlen, was Du zahlen kannst
Mittwoch 12.15–13.00 Uhr
Unternehmen Mitte
Gerbergasse 30
www.keyoga.ch/basel

GESUND SEIN

H6 Gesundheitstage der Kontaktstelle für Arbeitslose
Klybeckstrasse 95
061 691 24 36
www.viavia.ch

J9 Medizinische Behandlung Anlaufstelle für Sans-Papiers
Rebgasse 1, 1. Stock
061 681 56 10
basel@sans-papiers.ch

J7 Medizinische Sprechstunde FrauenOase - Anlaufstelle für Frauen von der Gasse
Halteringerstrasse 97
061 693 22 59
www.frauenoase.ch

J7 Medizinische Sprechstunde Treffpunkt Glaibasel
2. und 4. Mittwoch im Monat, 13.30–16.00 Uhr
Feldbergstrasse 148
061 693 23 01
www.treffpunktglaibasel.ch

F10 Offene Sprechstunde Gesundheitszentrum Psychiatrie
Walk-in / Akutambulanz
Kornhausgasse 7
061 325 81 81
www.upk.ch/erwachsene/ohne-termin-zu-uns.html

SICH KLEIDEN

H8 Brockenstube Glubos
Rappoltshof 12
061 681 81 04
www.glubos.ch

H6 Brockenstube HIOB
Klybeckstrasse 91
061 683 23 60
www.hiob.ch/brockenstuben/thriftshop-basel

J9 Caritas beider Basel
Lindenberg 20
061 685 97 17
www.caritas-beider-basel.ch/was-wir-tun/secondhand-kleiderladen

H7 Heilsarmee Brockino
Breisacherstrasse 45
061 683 80 47
www.heilsarmee-basel.ch/brockino

J8 Irma & Fred Brocki
Claramattweg 16
061 701 41 41
www.irmaundfred.ch

H8 Rotkreuzladen
Untere Rebgasse 17
www.srk-basel.ch/rotkreuzladen

G10 sahara SECONDHAND
Gerbergasse 20
061 262 20 47
www.sahara-basel.ch



ÜBERNACHTEN

Notbetten für Kinder und Jugendliche
Telefon 147

J9 Notschlafstelle für Männer
Alemannengasse 1
Montag–Sonntag
Eintritt möglich bis 24 Uhr
061 681 18 19

WOHNEN

Marktplatz Universität Basel
Kleinanzeigen Zimmer,
Wohnungen
www.markt.unibas.ch

J9 Heilsarmee Wohnen für Frauen
Alemannengasse 7
061 681 34 70
www.wohnen.heilsarmee-basel.ch

H9 Heilsarmee Wohnen für Männer
Rheingasse 80
061 666 66 77
www.wohnen.heilsarmee-basel.ch

H7 Heilsarmee Wohnbegleitung
Breisacherstrasse 45
061 683 08 90
www.wohnen.heilsarmee-basel.ch

G10 Vergabe von Mietkautionen Stiftung Edith Maryon
Gerbergasse 30
061 337 78 78
www.maryon.ch/mietkautionen

J8 Wegwarte Übergangswohnen für Frauen
Klingentalstrasse 61
061 691 41 66
www.aufberg.ch/frauenwohngruppe

J9 Wegwarte Wohnbegleitung
Kirchgasse 3
061 681 30 73
www.aufberg.ch/stationaere-wohnbegleitung

H10 Wohnberatung für Frauen Stiftung CasaFemina
Rittergasse 19A
061 281 19 19
www.casafemina.ch

Video- und Audiobeiträge



«Obdachlos in Basel»

(Telebasel Report, 10.01.2018, 13:29 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/c35e52b9-f78d-4175-af0d-fd3ba9b01321/media=045fb134-58ce-4f21-ac5c-4afe3c02d75a>



«Über 100 Obdachlose in Basel»

(Telebasel News, 04.04.2019, 2:15 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/c35e52b9-f78d-4175-af0d-fd3ba9b01321/media=2665da9d-9e1d-4ffe-8476-cc6c3a76d634>



«Im Tageshaus für Obdachlose»

(Telebasel News, 27.12.2019, 3:13 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/c35e52b9-f78d-4175-af0d-fd3ba9b01321/media=52125c48-5137-44e5-8caa-98909834d632>



«Eisige Temperaturen und Shutdown: bittere Woche für Obdachlose»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 19.01.2021, 4:49 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/c35e52b9-f78d-4175-af0d-fd3ba9b01321/media=951c5194-b84f-4d9b-8b48-2138b4ce1f85>



«Lässt Basel die Obdachlosen im Stich?»

(Telebasel News, 20.01.2021, 2:20 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/c35e52b9-f78d-4175-af0d-fd3ba9b01321/media=d552630d-aab4-4a85-950b-c3945f2eac2d>



«Basel-Stadt testet «Housing first» für Obdachlose»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 11.02.2021, 6:16 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/c35e52b9-f78d-4175-af0d-fd3ba9b01321/media=80b3b886-2b8f-43e0-a090-16dcd4672660>



«Soup&Chill will weitermachen»

(Telebasel News, 18.03.2021, 02:09 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/c35e52b9-f78d-4175-af0d-fd3ba9b01321/media=7a317e9f-4642-448a-bf0a-9cc713a30b00>



Barbara Heer (SP) und Demi Hablützel (SVP) streiten über die Basler Bettler-Problematik

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, Wochengast, 16.04.2021, 15:59 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/c35e52b9-f78d-4175-af0d-fd3ba9b01321/media=7c2cb8bb-c7fc-4f3b-befe-a93ddfc7c40d>

Impressum

Basler Stadtbuch, Dossier 2021:
Ohne Obdach in Basel

Redaktion: Christoph Merian Stiftung, Abteilung Kultur
Redaktionsschluss: Mai 2021
Lektorat und Korrektorat: Dr. Rosmarie Anzenberger
© 2021 Leitartikel und Fallbeispiele (S. 2–10): Adelina Gashi
www.baslerstadtbuch.ch

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein kostenloser Service public der Christoph Merian Stiftung.
www.cms-basel.ch
www.baslerstadtbuch.ch